

Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konflikt- geschehen

KONZEPTPAPIER

zu dem Workshop

„Konfliktfaktor oder Krisenschlichter?
Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konflikt-
geschehen“

des Ministeriums für Generationen, Frauen,
Familie und Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen (MGFFI) in
Zusammenarbeit mit dem Internationalen
Konversionszentrum Bonn (BICC)

Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen

Konzeptpapier

zu dem Workshop

Konfliktfaktor oder Krisenschlichter? Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen

des
Ministeriums für Generationen, Frauen, Familie und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI)
in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC)

Autoren: Andrea Warnecke
Julie Brethfeld
Volker Franke
BICC, April 2007

ANDREA WARNECKE ist Wissenschaftliche Hilfskraft am BICC
JULIE BRETHFELD ist Junior Researcher am BICC
VOLKER FRANKE ist Forschungsleiter am BICC

Die vorliegende Studie wurde durch das BICC mit Unterstützung des Ministeriums für Generationen, Frauen, Familie und Integration (MGFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Für den Inhalt und die hierin vertretenen Meinungen zeichnen ausschließlich die Autoren verantwortlich.

1. Einleitung

2. Begriffe „Konfliktgeschehen“ und „Diaspora“

2.1. Konfliktgeschehen

2.2. Diaspora

3. Die afrikanische Diaspora in Deutschland und Nordrhein-Westfalen)

3.1. Heterogenität und Vernetzung

3.2. Die afrikanische Diaspora in NRW

4. Einflussmöglichkeiten der Diaspora auf das Konfliktgeschehen

4.1. Stand der Forschung

4.2. Finanzielle Unterstützung

4.3. Politische Aktivitäten

4.4. Gesellschaftliches Engagement

4.5. Lobbyarbeit

4.6. Fokus NRW

5. Weiterer Forschungsbedarf

5.1. Ergebnisse

5.2. Forschungslücken

5.3. Nachfolgestudie

Literatur

1. Einleitung

Das Thema Diaspora erlebt in der politischen Diskussion derzeit eine Renaissance. Ausschlaggebend dafür ist zum einen die Debatte um die Verbesserung der Integrationschancen von Migranten, zum anderen die Diskussion um die Herausforderungen, die durch die steigende Zuwanderung von Menschen aus armen Ländern und Krisenregionen in die Wohlstandsbastionen des Nordens entstehen. In den Blickpunkt der Forschung rückt zudem die Bedeutung, die die Diaspora für die wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern haben kann.

Zugleich stellt sich zunehmend die Frage, welche Rolle Diasporagemeinschaften im Konfliktgeschehen ihrer jeweiligen Herkunftsländer spielen können. Hier lassen sich generell zwei unterschiedliche Positionen (siehe dazu Zunzer 2004; Mohamoud 2005; Collier 2000; Kaldor 2001; Koser 2003; Joerges 2005; Shain 1999) erkennen: Wird davon ausgegangen, dass Diaspora-Gruppen einen konfliktverschärfenden Einfluss auf die Situation in ihren Heimatländern haben, indem sie mit vor allem finanziellen oder logistischen Mitteln Konfliktparteien direkt oder indirekt unterstützen (Collier 2000; Collier, Hoeffler, 2001; Weltbank 2005). Auf der anderen Seite wird Diasporagruppen ein konfliktreduzierendes Potential zugesprochen. So wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass sie Demokratisierungsprozesse fördern oder durch Auslandsüberweisungen und Wissenstransfer zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Herkunftslandes beitragen können (Zunzer 2004; Mohamoud 2005).

Die Forschung im Bereich Diaspora und Migration hat in den letzten Jahren stark zugenommen und steigt weiterhin. Allerdings haben die derzeit existierenden Studien zu diesem Thema nur selten einen speziellen Deutschlandbezug. Sie sind entweder regionenunabhängig oder beziehen sich auf klassische Einwanderungsländer wie die USA, Großbritannien und die Niederlande.

Dieses Konzeptpapier wurde vom MGFFI beim Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC) als Grundlage für einen Workshop zu dem Thema „Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen“ in Auftrag gegeben. Es verfolgt in der Hauptsache drei Ziele:

- Erstens soll es einen Gesamtüberblick über die Thematik Diaspora und mögliche Auswirkungen von Aktivitäten der Diaspora auf die Herkunftsländer verschaffen.
- Zweitens sollen vorhandene Informationen über die afrikanische Diaspora in NRW, zusammengetragen werden.
- Drittens sollen Fragestellungen entwickelt und Schwierigkeiten skizziert werden, die für eine tiefer gehende Nachfolgestudie zu dem Thema relevant erscheinen.

Neben dem Fokus auf die afrikanische Diaspora richtet sich der Blick des Papiers auf Deutschland und vor allem Nordrhein-Westfalen.

Da für die Erstellung des Konzeptpapiers von Seiten des MGFFI keine empirische Komponente vorgesehen war, stützt es sich weitgehend auf die existierende Literatur sowie verfügbare statistische Daten und Internetportale afrikanischer Diasporaorganisationen.

Es wurde zum einen auf Literatur zurückgegriffen, die sich allgemein, also nicht notwendigerweise afrika- oder deutschlandspezifisch, mit dem Thema Diaspora und Konflikt befasst (Collier 2000; Collier, Hoeffler 2001; Kaldor 2001; Ostergaard-Nielsen 2006; Zunzer 2004), zum anderen auf Studien, die die Situation afrikanischer Diasporagruppen in Deutschland untersuchen, wobei der Konfliktaspekt allerdings nur eine untergeordnete Rolle spielt (Weisskoeppel 2005; Joerges 2005; Conrad, 2004, 2005, 2006).

Nach einer Zusammenfassung der Ergebnisse behandelt das Konzeptpapier zuerst die Kernbegriffe „Konfliktgeschehen“ und „Diaspora“ und schlägt Arbeitsdefinitionen vor (Kapitel 2). Im Anschluss daran wird die afrikanische Diaspora in Deutschland in ihrer Zusammensetzung

und ihren Organisationsformen betrachtet, wobei die Situation in NRW einen Schwerpunkt bildet (Kapitel 3). Die unterschiedlichen Möglichkeiten der Diaspora, Einfluss auf das Konfliktgeschehen zu nehmen, werden in Kapitel 4 dargestellt, bevor abschließend Empfehlungen zu weiterer Forschung ausgesprochen werden (Kapitel 5).

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die bisherige Forschung zum Thema Diaspora und Konfliktgeschehen ist nicht ausreichend. Dies gilt umso mehr bei einer Fokussierung auf den Untersuchungsbereich „afrikanische Diaspora“ und das Residenzland Deutschland.
- Der Schwerpunkt der existierenden Forschung zu Diaspora und Konflikt hat sich mit der Diaspora als Konfliktfaktor befasst. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass Diasporagruppen sich auch konfliktvermindernd betätigen können. Informationen hierzu sind jedoch eher anekdotisch.
- Trotz der Hinweise auf ein konfliktminderndes oder friedensförderndes Potential sollten nicht zu hohe Erwartungen in die Diaspora gesetzt werden.
 - Für den Einzelnen sind die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Betätigung häufig beschränkt und mit hohen Risiken verbunden.
 - Sowohl Einzelpersonen, vor allem aber auch organisierte Gruppen und erst recht Parteien verfolgen ihre eigenen Interessen, die nicht immer konfliktvermeidend sind und auch nicht notwendigerweise den Interessen der Residenzländer, z.B. Deutschlands oder der EU, entsprechen.
- Nach der bisherigen Forschung scheint die Diaspora vor allem in den Endphasen von Konflikten (z.B. bei Friedensverhandlungen) sowie in der Nachkonflikt- und Wiederaufbauphase eine Rolle spielen zu können:
 - Auf der hohen politischen Ebene haben vor allem Schlüsselfiguren aus der Diaspora (Politiker, Intellektuelle, Diplomaten etc.) das Potential, am Friedensprozess teilnehmen zu können. Dies geschieht häufig unter Mitwirkung außenstehender internationaler Akteure.
 - Gruppen mit breiterem gesellschaftlichem Hintergrund scheinen eher für den (vor allem wirtschaftlichen) Wiederaufbauprozess von Bedeutung zu sein.
 - Hinweise deuten darauf hin, dass die Diaspora eher in Konflikten, an denen mindestens ein staatlicher Akteur beteiligt ist, eine Rolle im Friedensprozess auf höherer Ebene spielt.¹
- Die afrikanische Diaspora in Deutschland ist nicht als ein einheitlich agierender Akteur zu begreifen, sondern als eine Ansammlung von Individuen und Gruppen (wie z.B. Nichtregierungsorganisationen, Vereine oder Parteien) mit heterogenen thematischen Foki und politischen oder gesellschaftlichen Agenden.
- Obwohl ein hohes Organisationspotential besteht, ist die Arbeit der unterschiedlichen Diasporagruppen kaum koordiniert und es scheint nur ein geringes Kooperationslevel zu geben. Vor allem Organisationen, Vereine oder Parteien mit politischem Programm stehen für Außenstehende meist nicht offen und sind in ihren Aktivitäten und Zielen kaum transparent.
- Das Thema „Konflikt“ ist sehr sensitiv, wie politische Themen allgemein. Informationen darüber sind lediglich durch persönliche Kontakte und Gespräche und auch dann nur

¹ Für diesen Eindruck kann es jedoch auch andere Gründe geben; evtl. konzentriert sich die Forschung eher auf Konflikte diesen Typs, oder außenstehende internationale Akteure bemühen sich auf hoher Ebene eher um diese Konflikttypen und versuchen, Diasporamitglieder als Mittler einzusetzen.

schwer zu erhalten. Daher lassen sich zu diesem Zeitpunkt kaum Aussagen dazu treffen, inwiefern die afrikanische Diaspora in Deutschland auf konfliktive Entwicklungen in den Herkunftsländern einwirkt oder nicht. Für eine tiefer gehende Studie ist eine größere empirische Komponente unbedingt sinnvoll.

- Grundsätzlich besteht kein direkter kausaler (Handlung A führt immer zu Ergebnis z) und allgemeingültiger (d.h. für alle Länder und Situationen geltender) Zusammenhang zwischen bestimmten Aktivitäten und Handlungen der Diaspora und deren Einfluss auf das Konfliktgeschehen. Um sagen zu können, ob und welche Einflussnahme besteht, muss jede Handlung (-soption) einer Diasporagruppe vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Situation im jeweiligen Herkunftsland betrachtet werden. Hier sind also Einzelanalysen notwendig.

2. Begriffe „Konfliktgeschehen“ und „Diaspora“

Zu Beginn sollen die Begriffe „Konfliktgeschehen“ und „Diaspora“ erläutert werden. Dabei sind wir uns der Tatsache bewusst, dass beide Begriffe ausführlich und kontrovers diskutiert wurden und werden. In diese Diskussion möchten wir nicht einsteigen; stattdessen werden wir uns hier auf Arbeitsdefinitionen beschränken, die sich in Absprache mit dem MGFFI herauskristallisiert haben und die für eine detaillierte Nachfolgestudie gegebenenfalls modifiziert werden müssen.

2.1. Konfliktgeschehen

Es gibt eine Vielzahl konkurrierender Konfliktdefinitionen, die sich in der Debatte um die Definition und Abgrenzung der Begriffe Konflikt, Krise und Krieg sowie um vorhandene Analysemöglichkeiten widerspiegeln.² Für dieses Konzeptpapier wird davon ausgegangen, dass:

1. *Konflikte Interessengegensätze um Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien sind (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.*³

Da nicht nur ein bestimmtes Stadium einer konkreten Konfliktform (z.B. ein akuter Kriegszustand) betrachtet werden soll, sondern die Gesamtheit konfliktiver Entwicklungen, steht nicht der Konflikt an sich, sondern das *Konfliktgeschehen* im Mittelpunkt des Konzeptpapiers. Dabei gilt

- 2., dass *das konfliktive Verhalten unterschiedliche Intensitätsstufen umfasst* (s. dazu Box). Die Anwendung von Gewalt ist dabei nicht Voraussetzung für die Einstufung einer Situation als Konflikt. Zudem werden auch
3. *Phasen* berücksichtigt, die *vor und nach dem Auftreten eines Konfliktes* liegen. Schließlich soll es

² Es lässt sich zwischen quantitativen und qualitativen Definitionsansätzen unterscheiden. Bei *quantitativen* Ansätzen ist die Zahl der Todesopfer, die eine bewaffnete Auseinandersetzung fordert, ausschlaggebendes Kriterium dafür, ob von Konflikt, Krise oder Krieg gesprochen wird. So können verschiedene Abstufungen festgelegt werden, die auch bewaffnete Auseinandersetzungen, die nicht in die Kategorie „Krieg“ fallen würden, berücksichtigen, wie z.B. eine Unterteilung in mittlere oder kleine bewaffnete Konflikte (s. hier z.B. Gleditsch 2002).

Qualitative Ansätze gehen von internen Charakteristika aus, um Kriege von anderen Konflikten abzugrenzen. Dazu gehören ein bestimmtes Maß an hinter den Auseinandersetzungen stehender Organisation, eine Kontinuität gewaltsamer Zusammenstöße sowie die Art der daran beteiligten Streitkräfte (s. dazu die Diskussion der qualitativen Definitionskriterien der AKUF in Gantzel/Schwinghammer 1995, S. 31-48).

³ Diese Definition orientiert sich an dem vom Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) herausgegebenen Konfliktbarometer 2005.

4. keine Einschränkungen hinsichtlich verschiedener Konflikttypen geben.⁴

Konfliktskala des HIIK

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK) hat eine Skala zur Einordnung von Konflikten entwickelt, die fünf unterschiedliche Intensitätsstufen identifiziert, die Auskunft über den Grad der Gewalt, die einem spezifischen Konflikt innewohnt, gibt.

Die niedrigste Stufe (Intensitätslevel 1), ist dabei der „latente Konflikt“, bei dem es noch nicht zu einer Gewaltausübung kommt, sondern lediglich unterschiedliche Positionen und Problemlagen zwischen (zwei oder mehr Parteien) festgestellt und wahrgenommen werden. Die nächste Stufe, der „manifeste Konflikt“ (Intensitätslevel 2) beinhaltet sämtliche Aktivitäten, die im Vorfeld gewaltsamer Handlungen anzusiedeln sind.⁵ Mit dem sporadischen Einsatz von Gewalt durch mindestens eine Konfliktpartei kann von einer „Krise (Intensitätsstufe 3) gesprochen werden, die zu einer „ernsten Krise“ (Intensitätsstufe 4) wird, wenn der Gewalteintritt kontinuierlicher und organisierter erfolgt. Die Stufe „Krieg“ (Intensitätslevel 5) ist dann erreicht, wenn das Maß an nachhaltiger Destruktivität (mit einer großen Anzahl an Todesopfern) höher wird und die Gewalt klar organisiert ist.

2.2. Diaspora

Der Begriff Diaspora (gr. *Diasporá* „Zerstreuung“ zu *Diaspeírein* „ausbreiten, verteilen“) bezeichnet traditionell sowohl ein Gebiet, in dem die Anhänger einer Konfession bzw. Mitglieder einer Nation oder Ethnie gegenüber einer anderen in der Minderheit sind, als auch ganz allgemein eine konfessionelle oder nationale Minderheit. Er wurde erstmals im griechischen Altertum benutzt, um das Exil der ägäischen Bevölkerung zu bezeichnen. Seit der römischen Zeit beschreibt er in erster Linie das Exil der Juden in aller Welt infolge der Niederlage gegen das Römische Reich. Nach dieser traditionellen, weitgehend theologisch geprägten Lesart zählten die unfreiwillige Zerstreuung einer Bevölkerung über fremde Territorien, eine gemeinsame prägende Erinnerung an die Katastrophe, die diese Zerstreuung auslöste, sowie die Absicht, die Existenz und Identität der Gruppe über Generationen hinweg aufrecht zu erhalten, zu den Bestimmungskriterien von „Diaspora“. Seit dem 19. Jahrhundert wird der Begriff nicht mehr ausschließlich auf die jüdische Diaspora angewandt, sondern allgemein auf Migrantengruppen, die infolge religiöser oder politischer Verfolgung oder aufgrund wirtschaftlicher Not fliehen mussten bzw. gewaltsam vertrieben wurden.

Im Unterschied zu diesen weitgehend negativ konnotierten Definitionen im Sinne einer Verbannung, Vertreibung oder Flucht hat der Begriff vor allem durch die kultur- und sozialwissenschaftliche Theorie und die so genannten *Diaspora Studies* in den USA und Großbritannien⁶ eine Neubestimmung erfahren. Dabei wird er von der ursprünglich prägenden gemeinsamen Erfahrung der Flucht oder Vertreibung allmählich losgelöst und die Diaspora-

⁴ Anhand der beteiligten Akteure lassen sich 4 Kerntypen von Konflikten unterscheiden. Dies sind zwischenstaatliche (d.h., zwischen souveränen Staaten), innerstaatliche (zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren innerhalb bestehender Staatsgrenzen), extrastaatliche (zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren jenseits bestehender Grenzen). und substaatliche (zwischen nicht-staatlichen Akteuren) Konflikte (siehe dazu Chojnacki 2006, S. 56).

⁵ Dazu gehören bspw. die Androhung physischer Gewalt, die Dämonisierung des Gegners, das Verhängen von Sanktionen und Zwangsmaßnahmen, die Mobilisierung und Rekrutierung kampfbereiter Anhänger oder die Beschaffung von Waffen und strategischen Ressourcen. Vgl. Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung e.V.: Konfliktbarometer 2005 / 14. Jährliche Konfliktanalyse, S. 1).

⁶ Einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen in den Diaspora Studies bieten: Braziel, Jana Evans & Anita Mannur, 2003, S. 1-22.

Gemeinschaften in Anlehnung an Benedict Anderson ebenso wie Nationalstaaten als *imagined communities*, d.h. im positiven Sinne als flexible und transkulturell bzw. transnational vorgestellte Gemeinschaften von *expatriates* begriffen (Mayer, 2005, S. 8).

In seiner viel zitierten Definition entwickelte William Safran 1991 die folgenden, neuen Bestimmungskriterien von Diasporagemeinschaften, bei denen es sich um Gruppen handele, 1) die sich von einem ursprünglichen Zentrum an mindestens zwei periphere Orte verstreut haben; (2) die eine Erinnerung, Vision oder einen Mythos des ursprünglichen Heimatlandes aufrechterhalten; (3) die glauben, dass sie in ihrem Gastland nicht voll akzeptiert sind; (4) die die Heimat ihrer Ahnen als Ort einer letzten Rückkehr, wenn die Zeit dafür gekommen ist, sehen; (5) die sich der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung dieser Heimat widmen; und (6) deren Gruppenbewusstsein und –solidarität zentral über die anhaltende Beziehung mit dem Heimatland geprägt ist.⁷

Vor allem aufgrund ihrer Exklusivität wurde diese Definition in der Folgezeit mehrfach kritisiert und revidiert. Mit Blick auf die afrikanische Diaspora erscheint dabei vor allem der Einwand von James Clifford interessant, dass hier der Rückkehrgedanke ebenso wie die Rückbesinnung auf eine mythologisierte Heimat vielfach nicht gegeben sei. Vielmehr handele es sich gerade bei der afrikanischen Diaspora um eine stark fragmentierte und in sich gesplante „Gemeinschaft“. Er schlägt daher vor, diese Aspekte als zusätzliche, jedoch nicht entscheidende Kriterien einer Definition zu werten.⁸

Inwieweit das behauptete Fehlen des Rückbezugs auf eine ggf. mythologisierte nationale Heimat im Falle der afrikanischen Diaspora in Deutschland tatsächlich den Tatsachen entspricht, wird noch durch die Auseinandersetzung vor allem mit den organisierten Diasporagemeinschaften zu klären sein, zumal sich hier für die letzten Jahre eine Tendenz zur Gründung panafrikanistischer sowie nationalistischer Dachverbände abzeichnet. Dagegen erscheint Cliffords Einwand hinsichtlich des Rückkehrgedankens als berechtigt, zumal sich die organisierten Diasporagemeinschaften mehrheitlich als Brückenbauer zur Unterstützung eines neuen afrikanischen Selbstbewusstseins verstehen und somit nicht zwingend ihre eigene Rückkehr, sondern allgemein ein *Empowerment* der afrikanischen National- bzw. Demokratisierungsbewegungen leisten wollen.

Insgesamt erscheint die von Safran vorgeschlagene Begriffsbestimmung unter Rückstellung des vierten Kriteriums für die folgende Darstellung jedoch als nützliche Arbeitsdefinition. Als afrikanische Diasporagemeinschaften gelten somit Gruppen, die sich durch Vertreibung oder (wirtschaftlich, politisch usw. motivierte) Emigration an mindestens zwei peripheren Orten gebildet haben, die sich der Stärkung oder Wiederherstellung ihrer Heimat widmen und über die Aufrechterhaltung ihrer Gruppenidentität weiterhin einen Bezug zu ihrem Ursprungsland pflegen (Mayer, 2005, S. 14-16). Die für den Begriff und die vielfach bewusste Selbstwahrnehmung als „Brückenbauer“ konstitutive zweifache (kulturelle) Einbindung in das Herkunfts- wie das Aufnahmeland schließt dabei für die vorliegende Darstellung solche Afrikaner von der Kategorie „Diaspora“ aus, die sich nur vorübergehend außerhalb ihres Heimatlandes aufhalten: So handelt es sich bei Gaststudenten oder Botschaftsangehörigen nicht um Mitglieder einer verstreuten religiösen bzw. nationalen Gemeinschaft.

⁷ Safran, William: *Diasporas in Modern Societies. Myths of Homeland and Return*, in: *Diaspora* 1, 1, 1991, S. 83-89, hier S. 83-84 (zit. n. Mayer: *Diaspora*, S. 10).

⁸ Vgl. Mayer: *Diaspora*, S. 11ff. Diese Auffassung entspricht auch der vorherrschenden Begriffsverwendung der wichtigsten Theorien zu afrikanischen Diaspora bei Kobena Mercer, Stuart Hall und Paul Gilroy, denen die Betonung des Konstruktcharakters des Heimatbezuges bzw. Heimatlandes gemein ist.

Daraus ergibt sich für das vorliegende Konzeptpapier eine verhältnismäßig weit gefasste Definition von „Diaspora“. Der Begriff bezieht sich dabei allgemein auf Menschen mit Migrationshintergrund. Dazu gehören folgende Personengruppen⁹:

1. Ausländer¹⁰, d.h. Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, und zwar unabhängig davon, ob sie zugewandert oder in Deutschland geboren sind.
2. Deutsche mit Migrationshintergrund¹¹. Das umfasst:
 - eingebürgerte zugewanderte Ausländer
 - eingebürgerte in Deutschland geborene Ausländer
 - Deutsche, bei denen mindestens ein Elternteil über Migrationserfahrung verfügt, also selbst Ausländer oder Eingebürgerte ist.

Für diese Studie beziehen wir uns aufgrund des Interessenschwerpunktes des MFGGI auf die „afrikanische Diaspora“, also Menschen mit *afrikanischem* Migrationshintergrund. Zusätzlich soll der Fokus auf Personen und Gruppen eingeschränkt werden, deren Herkunftsland im subsaharischen Afrika inklusive dem Horn von Afrika liegt.

Zudem werden zwei weitere Kriterien eingeführt:

1. Der derzeitige Lebensmittelpunkt der zu untersuchenden Personen oder Gruppen ist Deutschland.
2. Es besteht ein Bezug zum Herkunftsland. Das bedeutet, dass eine konkrete Bindung zum Herkunftsland besteht, die Herkunft also für die Identität der Person eine Rolle spielt. Dabei kann es sich um direkte Kontakte, wie zum Beispiel Besuche, Telefonate oder Schriftverkehr mit Personen im Herkunftsland handeln, oder auch um enge emotionale Bindungen ohne direkten Kontakt.

3. Die afrikanische Diaspora in Deutschland (Fokus Nordrhein-Westfalen)

Historisch betrachtet begann die zahlenmäßig signifikante Einwanderung von Afrikanern nach Deutschland 1884 mit dem „Erwerb“ der ersten deutschen Kolonialgebiete vor allem in Togo, Kamerun, Namibia und dem so genannten „Deutsch-Ostafrika“. Bei den Migranten handelte es sich vielfach um Verwaltungspersonal und Kaufleute, die zu Ausbildungszwecken nach Deutschland einreisten und nicht selten hier blieben. Die beiden Weltkriege und der Verlust der Kolonien beendeten zwar diese noch sehr begrenzten Migrationsbewegungen, jedoch begann mit der Öffnung von Botschaften afrikanischer Staaten in Europa infolge der Unabhängigkeitserklärungen der 60er Jahre eine neue Phase der afrikanischen Migration nach Deutschland. Neben Botschaftspersonal und Konsulatsangehörigen kamen nun Studenten, Wissenschaftler, aber auch Flüchtlinge in steigender Zahl nach Deutschland. Schließlich entstanden seit Mitte der 1980er Jahre die ersten überregionalen Selbstorganisationen und Netzwerke, zumeist ausgehend von Hamburg und Berlin, die als ehemalige Kolonialzentren über relativ große afrikanische Diaspora-Gemeinschaften verfügten (Herbert 2001).

⁹ Diese Gruppen orientieren sich an den Kriterien, die im Mikrozensus 2005 des Statistischen Bundesamtes für den Aspekt „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ angewendet wurden, sie sind jedoch nicht deckungsgleich.

¹⁰ „Ausländer“ im Sinne des Aufenthaltsgesetzes ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist.

¹¹ Der Mikrozensus 2005 des Statistischen Bundesamtes bietet eine präzise Definition der Termini „eigene Migrationserfahrung“ und „Migrationshintergrund“. Während zur ersten Gruppe nur Ausländer und Migranten mit persönlicher Migrationserfahrung zählen, umfasst die zweite Kategorie auch Personen, die zwar in Deutschland geboren und somit nicht zugewandert sind, jedoch durch ihre Eltern über einen Migrationshintergrund verfügen. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.): Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden 2006, S. 73-75.

Jedoch blieb der Anteil der Afrikaner gemessen an der Gesamtzahl der Migranten in Nordrhein-Westfalen bzw. der Bundesrepublik insgesamt relativ gering. Entsprechend einer Aufstellung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zählt nach wie vor kein afrikanischer Staat zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern des Zuzugs in die Bundesrepublik (Beauftragte für Migration 2005, S. 5).

Nach der jüngsten Zuwanderungsstatistik 2005 des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW mit Stand vom 31.12.2004 leben in Nordrhein-Westfalen 1.803.355 Ausländer, darunter 92.157 Afrikaner. Nach Herkunftsländern unterschieden entfällt die mit Abstand größte Migrantengruppe auf Marokko (38.410) und an zweiter Stelle auf Tunesien (6.825). Die größten Migrantengruppen aus dem subsaharischen Afrika bilden die Ghanaer (4.500), Nigerianer (4.362) und Südafrikaner (865) (LDS NRW, Zuwanderungsstatistik 2005).

Allerdings beziehen diese Zahlen eben nur Migranten aus Afrika *ohne* deutsche Staatsangehörigkeit mit ein und lassen somit deutsche Staatsangehörige mit (afrikanischer) Migrationserfahrung bzw. mit Migrationshintergrund¹² unberücksichtigt. Nach Auskunft des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW) wurden diese Daten für NRW erstmalig 2005 separat erfasst, gelten jedoch aufgrund des zu geringen Stichprobenumfangs als unzuverlässig und damit nicht aussagekräftig. Daher kann für die vorliegende Darstellung neben der Zuwanderungsstatistik nur ergänzend auf die Einbürgerungszahlen für Nordrhein-Westfalen zurückgegriffen werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass keine dieser Erhebungen etwa Kinder eingebürgerter Migranten oder Verschiebungen in der Zuwanderungsstatistik durch die Binnenmigration zwischen den Bundesländern berücksichtigt.

2005 wurden 3.986 Personen aus Afrika in Nordrhein-Westfalen eingebürgert. Nach Herkunftsländern unterteilt bilden dabei die Migranten aus Kongo (DRC) (273 Einbürgerungen), Nigeria (222) und Kamerun (191) die jeweils größten Gruppen, gefolgt von Togo (98), Kenia (77) und Angola (65).¹³ Im Unterschied zu den Jahren 1993-1998, in denen die Einbürgerungsstatistik weitgehend von äthiopischen, eritreischen, ghanaischen und dann zunehmend nigerianischen Migranten angeführt wurde (wobei die Zahlen jeweils zwischen 50-100 Einbürgerungen schwanken), stieg zwischen 2000 und 2005 die Zahl der kongolesischen (DRC), nigerianischen (trotz eines vorübergehenden Einbruchs 2003) und in geringerem Ausmaß auch der togoischen Migranten, die eingebürgert wurden, sowohl in relativen als auch absoluten Zahlen stark an¹⁴, die Zahl der eingebürgerten Ghanaer blieb hingegen relativ konstant.

In Nordrhein-Westfalen leben die meisten afrikanischen Migranten (d.h. Ausländer) in den Regionen Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln, Leverkusen, Mettmann, Rhein-Erft-Kreis, Solingen und Wuppertal.¹⁵

¹² Der Mikrozensus 2005 des Statistischen Bundesamtes bietet eine präzise Definition der Termini „eigene Migrationserfahrung“ und „Migrationshintergrund“. Während zur ersten Gruppe nur Ausländer und Migranten mit persönlicher Migrationserfahrung zählen, umfasst die zweite Kategorie auch Personen, die zwar in Deutschland geboren und somit nicht zugewandert sind, jedoch durch ihre Eltern über einen Migrationshintergrund verfügen. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.): Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden 2006, S. 73-75.

¹³ Auskünfte des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf, zur aktuellen Einbürgerungsstatistik 2006, Stand 2005.

¹⁴ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (Hg.): Einbürgerungsstatistik NRW, Ausgaben 1993-1998 und 2000-2005; allerdings sind die Datensätze für die Jahre 1993-1998 und 2000-2005 aufgrund des 1999 geänderten Einbürgerungsgesetzes nur bedingt vergleichbar (u.a. Senkung der Mindestaufenthaltsdauer vor Einbürgerung von 12 auf 8 Jahre) nur bedingt vergleichbar.

¹⁵ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (Hg.): Zuwanderungsstatistik NRW, Zahlenspiegel Ausgabe 2005, S. 73. Eine genauere Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit wurde nur für die marokkanischen und tunesischen Staatsangehörigen vorgenommen.

3.1. Heterogenität und Vernetzung

Um das Verhalten einer Gruppe analysieren zu können, muss untersucht werden, ob überhaupt ein Gruppenbewusstsein besteht, und wie sich die Gruppe selbst definiert.

Im Fall der „afrikanischen Diaspora“ scheinen die nationale Zugehörigkeit sowie soziale Gemeinsamkeiten im weitesten Sinne (inklusive der politischen Orientierung) für die Selbstdefinition und –identifikation relevanter zu sein als die überregionale Herkunft, also der spezifische Afrikabezug. Vor allem in der Selbstbezeichnung stößt man eher auf die „kongolesische“, „äthiopische“ oder „togoische“ Diaspora als auf die „afrikanische Diaspora“ (Humboldt, 2005, S. 99-112, 233ff).

Doch auch innerhalb der nationalen Diasporagemeinschaften scheinen die Interessen häufig unterschiedlich zu sein und das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität untereinander eher gering. Dies lässt sich an den Beispielen Eritrea und Sudan veranschaulichen: Obwohl häufig von einer starken, weitestgehend die gleichen Interessen verfolgenden „eritreischen“ Diaspora gesprochen wird, die ein ausgeprägtes auf die Heimat bezogenes Zusammengehörigkeitsgefühl verbindet, ist dennoch eine innere Heterogenität der Diaspora festzustellen. Sie teilt sich in Befürworter und Gegner des aktuellen Regimes; während die Regimeanhänger eine verhältnismäßig homogene Gruppe darstellen, scheinen die Regimegegner untereinander ihre „Machtkämpfe“ auszutragen, anstatt als solidarische Gruppe aufzutreten (Conrad, 2005, S. 220). Auch im Sudan finden die Friktionen im Herkunftsland in der Diaspora ihre Fortsetzung, und es ist in vielen Aspekten eine Aufspaltung in eine nord- und eine südsudanesischen Diaspora auszumachen. Eine die Interessen der gesamten sudanesischen Diaspora vertretende Dachorganisation gibt es nicht (Weisskoeppel 2005).

Es findet also eine starke Aufsplitterung nach unterschiedlichen Gemeinsamkeiten und Zugehörigkeiten sowie Themen- oder Interessensbereichen statt. Diese prägende Heterogenität der afrikanischen Diaspora¹⁶ in Deutschland wird auch angesichts der Vielzahl der allein in NRW existierenden Diasporagruppen deutlich (s. Kapitel 3.2).

Anhand einer Studie zur sudanesischen Diaspora in Deutschland (Weisskoeppel, 2005) kann exemplarisch verdeutlicht werden, welche Zugehörigkeitskriterien für welche (thematischen) Diasporasegmente gültig sind, und welche Art der Abgrenzung nach außen stattfindet.¹⁷ Untersucht wurden dabei die Bereiche politische Positionierung, Familie, Freizeitgestaltung und Kultur, Religion und Sprache sowie akademisches Milieu. Dabei wird deutlich, dass sich vor allem der Bereich Politik sehr stark an nationaler Zugehörigkeit (und dabei der politischen Ausrichtung) orientiert und nach außen sehr geschlossen und intransparent erscheint¹⁸. Die Bereiche Familie und Kultur sind ebenfalls stark nach nationalen, ethnischen und kulturellen Gemeinsamkeiten ausgerichtet, aber nach außen hin transparenter

¹⁶ Diaspora-Gruppen verwenden als Selbstbezeichnung alternativ zu „Diaspora“ häufig den Begriff der „Community“ (s. Humboldt, S. 88f). Dieser Begriff wird in unterschiedlichen Kontexten angewandt, und es gibt keine einheitliche Definition dafür, was die „community“ ist und wer dazugehört. Dies wird vielmehr durch ihre Mitglieder selbst definiert (s. Cohen, 2003). Conrad weist darauf hin, dass der Begriff „Diaspora“ z.B. bei gebildeten Eritreern in den letzten Jahren den der „community“ als Selbstbezeichnung zunehmend abzulösen scheint (s. Conrad, 2006). Allerdings lassen die Begriffe „community“ und „Diaspora“ nicht gleichsetzen. Communities sind eher als Untersegmente der Diaspora zu betrachten, die sich durch gemeinsame Interessen (z.B. Sport, Religion, politischem Engagement, etc.) definieren und nicht nur an nationalen Gemeinsamkeiten orientieren.

¹⁷ Inwiefern diese für den Sudan herausgearbeiteten Kategorien auch auf andere nationale Diasporen anwendbar sind, müsste in einer Nachfolgestudie gesondert untersucht werden.

¹⁸ Aufgrund der spezifischen Situation im Sudan ist hier eine starke Trennung zwischen Nord- und Südsudanesen bzw. Sympathisanten und Gegnern (z.B. im Exil vertretene sudanesischen Oppositionsparteien u.a. SPLA/M, DUP, KPS, NDA) der Regierung in Khartum feststellbar.

und offener. Vor allem die religiöse und sprachliche Sphäre ist nicht mehr national verankert, hier sind die gleiche Religionszugehörigkeit und Sprachkompetenz ausschlaggebend.

Wie durch die oben gemachten Beobachtungen bereits deutlich wird, sind Diasporagruppen keine isolierten Einheiten, sondern stehen mit verschiedenen anderen Akteuren in Verbindung und im Austausch. Während Sheffer von einer Tripolarität der Diaspora ausgeht, deren drei Pole Herkunftsland, Residenzland und die Einwanderergesellschaft im Aufenthaltsland in engem Zusammenhang zueinander stehen und das Bewusstsein der Diasporamitglieder prägen (Sheffer, 1986, S. 1, aus Humboldt, 2006, S. 22)., wird zunehmend deutlich, dass darüber hinaus auch ein Austausch von Diasporagruppen untereinander stattfindet (Basch, Glick Schiller, Szanton Blanc, 1994; Humboldt, 2005, S. 92f). Diese Vernetzungen finden einerseits innerhalb des Residenzlandes statt, andererseits reichen sie über die Landesgrenzen hinaus und verbinden so Diasporagruppen weltweit. In den letzten Jahren hat die Bedeutung der Netzwerkbildung und des internationalen Austausches durch die Globalisierung und die Möglichkeiten, die das Internet bietet, stark zugenommen (Conrad 2006, S. 237; Ostergaard-Nielsen, 2006, S. 9f). Dies scheint vor allem für die Kommunikation der Diasporagruppen untereinander der Fall zu sein. Dabei gibt es auch Bemühungen, sich über Landesgrenzen hinweg für Entwicklungen im Herkunftsland einzusetzen.¹⁹ Wie groß die Bedeutung auch für die Interaktion mit den Herkunftsländern ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie z.B. dem Zugang der dortigen Bevölkerung zum Internet, aber auch von der Gewährung der Presse- und Meinungsfreiheit durch die Regierungen im Herkunftsland. In Togo können bspw. Internetseiten der Diaspora grundsätzlich gelesen werden, nach Auskunft von Menschenrechtsgruppen kam es jedoch wiederholt zu Störaktionen durch die togoische Regierung (Joerges, 2005, S. 65).

Somit scheint eine Erweiterung der drei Pole Herkunftsland, Residenzland und Einwanderergesellschaft im Aufenthaltsland um die Faktoren Vernetzung im Aufenthaltsland sowie transnationale Vernetzung sinnvoll. Diese Pole könnten auch den Analyserahmen für eine weitergehende Untersuchung der Diaspora im Konfliktgeschehen bilden, in dem die Interaktionen der verschiedenen Akteure stattfinden. In Anbetracht der in Zukunft wohl noch zunehmenden Bedeutung der transnationalen Vernetzung ist zu überlegen, in der Studie die transnationale Perspektive zu berücksichtigen.

3.2. Organisationen der afrikanischen Diaspora in NRW

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Gründung von Migrantenselbstorganisationen (MSO) in erster Linie durch die Migrationswellen der sogenannten Gastarbeiter vor allem aus Südeuropa, Tunesien und Marokko in den sechziger Jahren ausgelöst. Dabei führte die Konfrontation mit unbekanntem sprachlichen, kulturellen und religiösen Bedingungen vielfach zur Gründung von Vereinen zur Kultur- und Traditionspflege sowie Selbsthilfe (z.B. in Bezug auf Behördengänge usw.), die das Leben der Neuankömmlinge in Deutschland erleichtern sollten.

Für das Land Nordrhein-Westfalen ergab eine 1999 im Auftrag des früheren Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MASSKS) durch das Zentrum für Türkeistudien und das Institut für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster durchgeführte Studie eine Zahl von etwa 2400 MSOs, von denen der überwiegende Teil auf südeuropäische, d.h. vor allem türkische Organisationen entfällt (MASSKS, 2005).

¹⁹ So organisierte die togoische Gemeinschaft in Kanada im Mai 2005 ein Treffen mit Vertretern der togoischen Diasporavertretern aus anderen Ländern, die sich als gemeinsame Repräsentanten der togoischen Diaspora weltweit konstituieren wollten, um sich bspw. für eine Demokratisierung des Herkunftslandes einzusetzen (s. Joerges, 2005, S. 66).

Auch das Konstrukt „afrikanische Diaspora bzw. Community“ manifestiert sich in erster Linie in den zahlreichen afrikanischen Vereinen, Organisationen und Parteien, die sich in Deutschland erst in den 1980er Jahren und dann vermehrt mit Beginn der 1990er Jahre bildeten (Humboldt, 2006, S. 53-57; http://www.bpb.de/themen/WTLMY0,Schwarze_Organisierung_in_Deutschland.html).

Allerdings gestaltet sich die Erfassung und Einordnung dieser Organisationen gleich in mehrfacher Hinsicht als schwierig. Nach Auskunft des Bundesausländervereinszentralregisters im Bundesverwaltungsamt ist nur ein geringer Teil der afrikanischen Organisationen als eingetragener Verein offiziell registriert.²⁰ Darüber hinaus handelt es sich bei einigen sogenannten Vereinen oder Initiativen lediglich um Einzelpersonen, die sich mit mehr oder weniger starker Unterstützung durch Diasporamitglieder zumeist für die Verbesserung der Situation in ihren Heimatländern einsetzen. Als Datenbasis für die vorliegende Untersuchung dienten daher die Adresslisten verschiedener MSO-Foren in NRW, die in den letzten Jahren vermehrt von zahlreichen Einrichtungen zur Vernetzung der Diasporagruppen erstellt wurden.²¹ Anhand dieser Datenbanken und der zusätzlichen Online-Recherche kann die Zahl der in NRW ansässigen afrikanischen Diasporagruppen (unter Auslassung von Einzelinitiativen bzw. – personen) auf mindestens 240 geschätzt werden.²² Jedoch ergab eine stichprobenhafte Prüfung von Kontaktdaten einzelner Organisationen, dass diese vielfach nicht mehr aktuell waren, so dass es in Ermangelung weiterer Informationen oft nicht möglich ist, das Fortbestehen und/oder die Existenz dieser Vereine festzustellen. Diese fehlende Transparenz lässt sich vermutlich auf einen geringen Grad an formaler Organisation zurückführen und gilt auch in Bezug auf weiterführende Information, wie z.B. den Tätigkeitsbereich, die Mitgliederzahl und die Motivation der Vereine. Zur notwendigen Erhebung weiterer Daten über das Vereinsleben der subsaharischen Diaspora in NRW in einer Nachfolgestudie erscheint eine unmittelbare Kontaktaufnahme mit den Organisationen daher unumgänglich.

Dennoch soll nachfolgend auf Grundlage der bereits recherchierten Daten eine erste Skizze der (organisierten) afrikanischen Diaspora in NRW entworfen werden. Diese konzentriert sich in geographischer Hinsicht vor allem auf den Raum Köln-Bonn (über erfasste 50 Organisationen), Düsseldorf, Aachen (jeweils um die 25 Organisationen), Münster und das Ruhrgebiet (insbesondere Essen). Abgesehen von einigen wenigen Organisationen, die sich ohne konkreten Länderbezug entweder mit der Förderung von Entwicklung und zivilgesellschaftlichen Institutionen in Afrika oder mit der Integration und Selbsthilfe von in Deutschland lebenden Afrikanern beschäftigen, sind die meisten afrikanischen MSOs entlang nationaler Grenzen organisiert. Mit Blick auf das Herkunftsland sind unter den organisierten Diasporagemeinschaften vor allem DR Kongo, Kamerun (jeweils 20 MSOs), Togo (16 MSOs), Eritrea und Angola (je ca. 10 MSOs) besonders stark vertreten.²³ Dabei lassen sich anhand der nachfolgenden Kategorisierung der MSOs nach Tätigkeitsschwerpunkten Aussagen über die Struktur der (organisierten) Diasporagemeinschaften treffen (s. auch Kapitel 4.5.):

²⁰ Dies kann sowohl auf eine Unkenntnis des deutschen Vereinsrechts zurückgeführt werden, jedoch auch auf die Sorge politisch aktiver Vereine vor möglichen Repressionen im Heimatland zurückgeführt werden.

²¹ www.callnrw.de/broschuerenservice/download/1320/Migration-in-NRW_Adressen.pdf; <http://www.eine-welt-netz-nrw.de/datenbank/index.php>; www.mso-online.de; http://www.new.heimat.de/culturebase/adressausgaben/aachen_de/inhalt_key.php; <http://www.ve mission.org/migrationskirchen/gemeindeliste>; sowie als länderübergreifendes Projekt: http://www.africa-alive.de/Deutsche_Version/Links-Afrikanische_Vereine.htm

²² Diese Zahl wurde auch von Vertretern des Afrikanischen Dachverbandes NRW e.V. (Bornheim) im Gespräch mit dem Flüchtlingsrat NRW bestätigt.

²³ Im Gegensatz zu Befunden für das übrige Bundesgebiet und angesichts der relativ hohen Zahl ghanaischer Migranten in NRW erscheint es verwunderlich, dass sich für NRW nur vier ghanaische MSOs nachweisen ließen.

1. Partei
2. Politischer Verein²⁴
3. Verein zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Entwicklungs- und Friedensarbeit im Heimatland
4. Verein zur Förderung der Integration, Selbsthilfe, und Antirassismusbearbeitung im Aufnahmeland
5. Studentenorganisation
6. Kulturverein
7. Religiöse Gemeinschaft

Für NRW wurden unabhängig voneinander bisher mehr als zehn Versuche seitens afrikanischer Gruppen unternommen, die breitgefächerte organisierte Diaspora mittels eines Dachverbandes zu bündeln. Neben einigen kleineren Projekten auf kommunaler Ebene (so z.B. in Münster und Aachen) sind hier vor allem der 2005 in Bornheim gegründete Afrikanische Dachverband NRW e.V. und das All Afrika Forum zu nennen, das Anfang 2001 als nationen- und ethnienübergreifender Dachverband im Anschluss an die Tagung „Bürgerinnen und Bürger afrikanischer Herkunft in NRW“ der Landeszentrale für Politische Bildung und des Schulministeriums (1999) gegründet wurde. Ebenso wie die bereits erwähnten Projekte zur Erstellung afrikanischer Netzwerke bzw. Adresslisten scheinen diese jedoch bisher noch an einem Mangel überregionaler Vernetzung und Zusammenarbeit zu leiden.

4. Einflussmöglichkeiten der Diaspora auf das Konfliktgeschehen

4.1. Stand der Forschung

Seit Anfang des Jahrzehnts befasst sich die Forschung verstärkt mit den Themen Diaspora und deren Einfluss auf das Konfliktgeschehen. Dabei bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, ob Diasporagruppen eher eine konfliktentschärfende oder konfliktverschärfende Rolle einnehmen.

Vor allem Paul Collier hat die Bewertung der Diaspora als wichtigen Konfliktfaktor geprägt. Nach dem Collier-Hoeffler-Konfliktmodell ist das Risiko für einen erneuten Konfliktausbruch innerhalb einer Fünfjahresfrist höher, wenn eine im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung große Diaspora existiert (Collier 2000, Collier, Hoeffler 2001).²⁵ Häufig kommt es dabei zu einer gezielten Instrumentalisierung der Diaspora durch militante Gruppen (Kaldor et al., 2003, S. 7). Kaldor und Duffield vertreten ähnliche Ansichten. Kaldor weist darauf hin, dass die Diaspora Konflikte sowohl direkt als auch indirekt unterstützen kann. Am offensichtlichsten wird direkte Unterstützung, wenn sie in Form finanzieller, materieller oder logistischer Leistungen an Konfliktparteien geht. Eine indirekte Einflussnahme besteht dann, wenn beispielsweise Überweisungen an Familienmitglieder von diesen an Konfliktparteien abgeführt werden, sei es als freiwilliger Beitrag oder Spende, in Form von Steuern oder auch als Zwangszölle oder -abgaben (Kaldor, 2001; Duffield, 2001).

Lyons identifiziert bestimmte der Diaspora eigentümliche Charakteristika, die sie für spezifische Ansichten und Verhaltensweisen prädestinieren (Lyons, 2004). So weisen nach Lyons besonders Diaspora-Gruppen, die aufgrund von Konflikten²⁶ entstanden sind (sogenannte

²⁴ Die Unterscheidung zwischen Partei und politischem Verein ist wegen der wenigen frei verfügbaren Informationen bzgl. der Organisationsstruktur zumeist schwer zu treffen. Bei den Parteien handelt es sich meistens um die deutsche Niederlassung von afrikanischen Parteien und nicht um eigenständige Neugründungen in der Diaspora.

²⁵ Nach dem Modell von Collier ist die Wahrscheinlichkeit für einen erneuten Konfliktausbruch bei einer großen Diaspora sechsmal höher als bei einer verhältnismäßig kleinen Diaspora-Gemeinschaft (36% zu 6%).

²⁶ Lyons bezieht sich dabei v.a. auf die territorialen Aspekte von Konflikten.

„conflict-generated diasporas“), ein hohes Potential auf, Konflikte in den Heimatländern zu gestalten. Er geht davon aus, dass sie aufgrund ihrer traumatischen Erinnerungen (die oft zu einer sehr starken Bindung zu dem Heimatland, aber auch zu einer eingeschränkten, vereinfachten und statischen Sichtweise des (Konflikt-) Geschehens und der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Herkunftsland allgemein führen), häufig nicht zu Kompromissen bereit seien, zu einer Verhärtung der Fronten beitragen und so das Konfliktgeschehen verschärfen und verlängern könnten. Auch Collier argumentiert in diese Richtung. Er geht davon aus, dass die Diaspora ein Bedürfnis danach habe, das jeweilige Herkunftsland zu unterstützen und z.B. kulturelle Errungenschaften zu bewahren, um einen starken Identifikationspol zu bilden. Auch hier wird die Diaspora also als eher bewahrend-konservativ eingestuft. Gleichzeitig könne sie aus sicherer Distanz bei einer (von außen oder innen) stattfindenden Verletzung der Integrität des Herkunftslandes bzw. der Herkunftskultur eher auf eine (eventuell Gewalt involvierende) Verteidigung oder Vergeltung drängen, als die Menschen vor Ort, da die Diaspora selbst keinen direkten negativen Konfliktfolgen ausgesetzt sei (Collier 2000).²⁷ Hier spielen Begriffe wie „long distance nationalist“ (Ostergaard-Nielsen 2006) oder „regressive globaliser“ (Kaldor 2003, S. 7) eine Rolle.²⁸

Andererseits wird immer wieder beobachtet, dass Diasporagruppen auch bei der friedlichen Lösung von Konflikten eine Rolle spielen können. So weist Zunzer auf das Potential hin, das die Diaspora als Akteur der Konflikttransformation hat. Auch die Bereiche (gesellschaftliche und wirtschaftliche) Entwicklung und Demokratie können durch die Diaspora gefördert werden (Hear, Pieke et.al., 2004). Dabei geht die Unterstützung oft über die finanzielle Überlebenssicherung für Angehörige in Krisenzeiten hinaus (Koser, Van Hear 2003). Weiss Fagan und Koser vertreten zudem die Ansicht, dass die Diaspora durch ihre finanzielle Unterstützung einen unverzichtbaren Beitrag zu Friedenskonsolidierung und Wiederaufbau zu leisten (Weiss Fagan, Koser, 2003). Diese konträren Einschätzungen beruhen vor allem auf zwei Faktoren:

1. Es ist nicht möglich, eindeutig zu bestimmen, welche Aktivitäten generell konfliktfördernd und welche generell konfliktmindernd wirken. So kann beispielsweise die Unterstützung demokratischer Prozesse positive wie negative Auswirkungen auf das Konfliktgeschehen haben, ebenso wie die wirtschaftliche Unterstützung eines Landes oder einzelner Gruppen oder Personen.
2. Die Diaspora ist kein statisches, homogenes und als Einheit denkendes und handelndes Gebilde. Sie zeichnet sich wie andere Gesellschaften durch Heterogenität und eine Vielzahl unterschiedlicher Verhaltensweisen aus. Daher kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich „die Diaspora“ nach einem bestimmten Schema verhält.

Zudem gilt auch hier, was Ostergaard-Nielsen richtig bemerkt: Die Bewertung von Diaspora-Aktivitäten hängt immer auch von der Sicht des Betrachters ab: „Irresponsible long distance nationalists for some are freedom fighters for others“ (Ostergaard-Nielsen, 2006).

Aufgrund der unzureichenden Datenlage, dem Mangel an Studien zu dieser Thematik sowie in Ermangelung einer empirischen Komponente bei der Erstellung des Konzeptpapiers lassen sich kaum Aussagen zum Verhalten der *afrikanischen Diaspora in Deutschland* machen. Dies sollte in einer Folgestudie nachgeholt werden. Stattdessen wurde versucht, Informationen aus der vorhandenen Literatur zu sammeln, die Auskunft über das Verhalten von Diasporagruppen allgemein zulassen. Zusätzlich wurde versucht, die afrikanische Diaspora in NRW gesondert zu betrachten.

²⁷ Collier spricht hier v.a. von der Gefahr eines erneuten Konfliktausbruchs in Nachkonfliktsituationen.

²⁸ Unter „long distance nationalists“ versteht man Personen(gruppen), die von außerhalb ihres Herkunftslandes nationalistisch empfinden und/oder agieren. „Regressive globaliser“ unterstützen globale Netzwerke und Aktivitäten zur Erreichung partikularistischer Interessen.

In der Studie "Mobilising African Diaspora for the Promotion of Peace in Africa" zur afrikanischen Diaspora in den Niederlanden (Mohamoud, 2005) wurden vier mögliche Wege der Einflussnahme auf das Konfliktgeschehen identifiziert:

1. durch finanzielle Unterstützung, d.h. Auslandsüberweisungen,
2. durch politische Betätigung,
3. durch gesellschaftliche Einflussnahme,
4. durch Lobbyarbeit im Residenzland.

Während sich die Punkte 1-3 direkt auf das Herkunftsland beziehen, richtet sich Punkt 4 an Akteure im jeweiligen Residenzland, wie z.B. Politiker oder Parteien, Nichtregierungsorganisationen oder die Wirtschaft.²⁹

Zu unterscheiden ist allgemein zwischen kollektiven und individuellen Leistungen. Kollektive Leistungen werden in (mehr oder weniger) organisierter und häufig auch formalisierter Form (Vereine, Parteien, Staat), individuelle Leistungen von Einzelpersonen oder Familien in Eigenregie erbracht. Während man annehmen kann, dass kollektive, d.h., organisiert durchgeführte Aktivitäten über ein stärkeres Potential verfügen, dürfen individuelle, d.h. von Einzelpersonen erbrachte Leistungen nicht unterschätzt werden. Dies gilt nicht nur für finanzielle Leistungen, sondern auch für gesellschaftliches und politisches Engagement. Finanzielle kollektive und individuelle Leistungen scheinen unterschiedlich eingesetzt zu werden, wobei individuelle Unterstützung vor allem den individuellen Bedürfnissen der direkten Verwandtschaft im Herkunftsland zugute kommt.

4.2. Finanzielle Unterstützung

Die Bedeutung vor allem finanzieller Leistungen als Beitrag für die Entwicklung in den Herkunftsländern tritt zunehmend zutage. So ist bspw. deutlich geworden, dass Auslandsüberweisungen in vielen Ländern zu einem bedeutenden Faktor für die nationale Wirtschaft geworden sind. Die aus der Diaspora überwiesenen Summen übertreffen häufig die Entwicklungshilfe und Investitionen aus dem Ausland und sind in einigen Fällen höher als das gesamte Bruttoinlandsprodukt eines Staates (Weiss Fagan 2006). Nach Informationen der Weltbank schickten Migranten allein im vergangenen Jahr 173 Milliarden Dollar „nach Hause“. Dies ist der doppelte Betrag der offiziell geleisteten Entwicklungshilfe. Da es sich dabei jedoch nur um die registrierten Überweisungen über Banken handelt, nicht jedoch um außerinstitutionell transferiertes Geld, kann davon ausgegangen werden, dass die Gesamtsumme noch größer ist und sich auf bis zu 250 Mrd. Dollar beläuft³⁰ (Weiss Fagan 2006). Nach Auskunft der Deutschen Bank wurden in den Jahren 1999 bis 2005 durchschnittlich 131 Mio. € pro Jahr nach Afrika überwiesen, davon 69,7 Mio. € ins subsaharische Afrika.³¹

²⁹ Es ist zu beachten, dass sich die einzelnen Bereiche teilweise überschneiden. So können Überweisungen bspw. für politische Aktivitäten im Herkunftsland eingesetzt werden. Auch können die Grenzen zwischen gesellschaftlicher und politischer Betätigung verwischen, vor allem, da sich kaum eine Organisation ganz trennscharf nur in einem Bereich engagiert

³⁰ Ein großer Teil dieser Gelder fließt nicht über Banken, sondern in bar oder auf anderen Wegen dorthin; siehe dazu auch den Artikel „Die große Wanderung“ von Hans-Christian Rößler aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 15.07.06

³¹ Diese Zahlen umfassen jedoch auch nur den offiziell registrierten Teil finanzieller Leistungen, in Wirklichkeit dürfte die Summe, wie auch im globalen Fall, deutlich höher sein.

Institutionalisierung von Diaspora-Leistungen

In einigen Fällen kommt es von Seiten der Empfängerländer zu einer Institutionalisierung und Förderung finanzieller Leistungen der Diaspora. Dies reicht von einer (in einigen Fällen forcierten) „Ermutigung“ bis hin zur Erhebung regelrechter Steuern. So versucht die afghanische Regierungsorganisation „Afghan Investment Support Agency“ beispielsweise seit 2003, wohlhabende Diasporavertreter zu Investitionen in Afghanistan zu bewegen (Zunzer 2004, S. 9). Die äthiopische Regierung fördert finanzielle Leistungen (Humboldt, 2006, S. 135), und im Fall Eritrea werden direkte Steuern in Höhe von 2% des Nettoeinkommens durch die eritreische Botschaft erhoben, die nach offiziellen Angaben zum Wiederaufbau des Landes eingesetzt werden.

Bisher ist wenig über die Verwendung von Auslandsüberweisungen bekannt. Daher lassen sich nur begrenzt verlässliche Aussagen über mögliche Auswirkungen auf das Konfliktgeschehen machen. Verfügbare Informationen beziehen sich auf Einzelfälle, die hier zusammengestellt werden sollen.

Am stärksten wird ein Eingreifen in das Konfliktgeschehen sicher dann deutlich, wenn Konfliktparteien direkt finanziell von der Diaspora unterstützt werden (Collier 2000). Studien, die Fälle belegen und zu der Annahme geführt haben, dass Überweisungen aus der Diaspora zu den wichtigsten Konflikt-Ressourcen gehören (Lyons, 2004; Collier 2000), existieren zu Sri Lanka, dem Kosovo oder Nordirland (Joerges 2005, S. 29).

Im afrikanischen Kontext sind die Beispiele Eritrea und Somalia zu nennen:

- Im Fall Eritrea wurde der Krieg gegen Äthiopien zu einem maßgeblichen Teil durch die finanzielle Unterstützung der Diaspora ermöglicht (Koser 2003, S. 111-123). In den 90er Jahren konnte man Bonds von der eritreischen Regierung erstehen - eine Aktion, die vor allem die Diaspora als Adressaten hatte. Diese Bonds wurden überwiegend dazu eingesetzt, um die eritreischen Militärausgaben zu decken (Conrad 2006, S. 227). In diesem Fall ist es zudem wahrscheinlich, dass auch heute ein hoher Anteil der Auslands„steuern“ in Militärausgaben fließt. Dies ist umso bedeutender, da der eritreische Militärhaushalt unverhältnismäßig hoch ist.³² Vor allem bis Mitte der 1990er Jahre sammelte die somalische Diaspora Geld, das an Warlords und Clanmilizen geschickt wurde (Perouse de Montclos 2003; Ahmed 2000). Gleichzeitig können finanzielle Leistungen auch einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Überlebens von Familien und zum Wiederaufbau darstellen.

Staaten, die sich in einer Krise oder einem Konflikt befinden, verzeichnen in der Regel einen Rückgang finanzieller Direktinvestitionen³³. Dies geht dann meist mit einem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang einher. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Summe der Auslandsüberweisungen aus der Diaspora in Not- und Krisenzeiten – vor allem im Fall von (Natur-) Katastrophen, aber auch Krisen und Konflikten – steigt.³⁴ Das war während der jüngsten Unruhen in Nepal genauso zu beobachten wie während des Bürgerkriegs in Somalia. Die Überweisungen verhalten sich also im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung antizyklisch (Clarke and Wallsten 2004; Yang 2004). In Konflikt- und Krisenzeiten, vor allem aber auch in der Nachkonflikt- und Wiederaufbauphase kommt

³² Militärausgaben Eritreas in % des GDP: 2000: 36,4%, 2001: 24,8%, 2002: 24,2%, 2003: 19,6%; es wird vermutet, dass es weitere „versteckte“ Ausgaben gibt, von denen das Militär profitiert. Zum Vergleich: in Deutschland wurden in den gleichen Jahren 1,4% bzw. 1,5% des GDP für Militärausgaben verwendet in den USA 3,1% bis 3,8%. Angaben aus der SIPRI *Military Expenditure Database*, www.sipri.org.

³³ Eine Ausnahme scheinen hier natürliche Ressourcen darzustellen.

³⁴ siehe dazu Frankfurter Allgemeinen Zeitung 15.07.06

diesen Auslandsüberweisungen somit eine besondere wirtschaftliche Bedeutung zu.³⁵ Fachleute sprechen von einem Rettungsring, der oft zuverlässiger sei als die offizielle Nothilfe. Weiss Fagan geht sogar davon aus, dass Auslandsüberweisungen eine „conditio sine qua non“ für Peacebuilding und Wiederaufbau darstellen.

- Im Fall Somalia hatten die Auslandsüberweisungen eine wichtige Bedeutung für den Aufbau von institutionellen Mechanismen und Dienstleistungen, die für den Wiederaufbau, Peace-building und Reintegration notwendig sind. Zudem können Überweisungen dafür eingesetzt werden, Konflikte auf der Mikroebene zu vermindern. Ein Beispiel dafür ist Somaliland, wo das überwiesene Geld in einigen Fällen dafür eingesetzt wird, Strafen, die aus dem traditionellen Rechtssystem erwachsen, zu bezahlen und so interpersonelle Konflikte zu vermeiden.

Förderung von Entwicklung oder Konflikt?

Häufig steckt der Teufel im Detail, wie sich an folgendem Beispiel verdeutlichen lässt:

Eine individuelle finanzielle Unterstützung von Familienangehörigen im Sudan kann dazu genutzt werden, den Viehbestand aufzustocken. Das kann als Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse dieser Familie betrachtet werden, und zwar sowohl in wirtschaftlicher als auch sozialer Hinsicht. Gleichzeitig können aber auch eben diese Tiere Anlass für neue (gewaltsame) Konflikte sein, die ggf. zu einer großen Zahl von Opfern, zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie zur Destabilisierung ganzer Landstriche und Regionen führen können.³⁶

4.3. Politische Aktivitäten

Die Untersuchung politischer Aktivitäten lässt am ehesten einen direkten Bezug zum Konfliktgeschehen zu.

Politisch engagierte Akteure in der Diaspora können zum einen Parteien und politisch motivierte Vereine sein, zum anderen aber auch einzelne Individuen. Da das Thema „Konflikt“ sehr sensibel ist, scheinen politische Akteure Äußerungen zu vermeiden, die als konfliktfördernd eingestuft werden könnten. Vor allem Vereine lassen nicht immer auf den ersten Blick erkennen, ob und welche politischen Ziele sie verfolgen. Vielfach sagen weder der Name noch vorhandenes Informationsmaterial genug aus, um den politischen Hintergrund klar bestimmen zu können (s. Fokus NRW). Etwas klarer ist es im Fall politischer Parteien³⁷, die zumindest ein offizielles Parteiprogramm haben. Die Recherche zu politischem Engagement und Zielen wird dadurch erschwert, dass Diasporagruppen vor allem im Bereich politischen Engagements nach außen sehr abgeschlossen agieren und der Transparenzgrad meist sehr gering ist. Ein Vertrauensverhältnis Außenstehenden gegenüber scheint sich selbst bei langen und intensiven Forschungskontakten nur schwer zu entwickeln. Der Mangel an Transparenz

³⁵ Die antizyklische Natur bedeutet aber auch, dass die finanzielle Unterstützung nicht stabil ist, sondern ggf. mit starken Schwankungen zu rechnen ist.

³⁶ In vielen nomadisch geprägten Gegenden Ostafrikas und am Horn von Afrika basiert sowohl der Reichtum als auch das Ansehen einer Familie bzw. einzelner Individuen auf dem Besitz von Vieh. Dabei kommt es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen einer Gemeinschaft auf eine andere, um Vieh zu stehlen und in den eigenen Besitz zu überführen.

³⁷ Die Mehrzahl der Parteien aus Staaten mit großen Diasporagemeinschaften verfügen über Sektionen in den jeweiligen Residenzländern. Beispielsweise sind sudanesischen Oppositionsparteien unter anderem vertreten mit der *Sudan People's Liberation Movement* (SPLM), der *Democratic Unionists Party* (DUP), der *Sudan Communist Party* (SCP), und der *National Democratic Alliance* (NDA). An kamerunischen Parteien, die sich überwiegend auf den Raum Aachen zu konzentrieren scheinen, gibt es neben dem *Rassemblement Democratique du Peuple Camerounais* (RDPC-Allemagne e.V.) als wichtigster kamerunische Regierungspartei sowie der *Social Democratic Front* (SDF Germany e.V.) als die führende Oppositionspartei noch weitere Oppositionsparteien, z.B. die *Southern Cameroon National Council* (SCNC) oder die *Southern Cameroon Youth League*.

spiegelt sich auch auf den Webseiten von Parteien oder politischen Vereinen wider, denen kaum relevante Informationen zu den politischen Zielen und vor allem den Mitteln und Wegen, wie diese erreicht werden sollen, zu entnehmen sind.

Es hängt von der spezifischen Gruppe ab, auf welche Art und Weise Akteure die politischen Ziele erreichen wollen. Während teilweise auf gewaltfreie Mittel und Wege gesetzt wird, scheint in einigen Fällen auch grundsätzlich eine Gewaltbereitschaft zu herrschen, da die Anwendung von Gewalt teilweise als einzige Möglichkeit gesehen wird, sich Gehör zu verschaffen oder bestehende Konflikte zu lösen. So beabsichtigten Teile der togoischen Diaspora in Deutschland einen Volksaufstand in Togo herbeizuführen für den Fall, dass ein bestimmter Präsidentschaftskandidat die Wahlen gewinnt (Joerges 2005, S. 76). Um genauere Aussagen zu diesem Aspekt machen zu können, reicht die derzeitige Datenlage nicht aus. Da dies aber ein Kernaspekt hinsichtlich der Konfliktrelevanz der Diaspora ist, ohne dessen Berücksichtigung kaum relevanten Aussagen diesbezüglich gemacht werden können, sollte eine Nachfolgeuntersuchung sich diesem Thema gezielt widmen.

Politisches Engagement erfolgt sowohl mit oppositioneller als auch regimestützender Absicht. So gibt es in Deutschland beispielsweise sowohl eine Sektion der heutigen eritreischen Regierungspartei PFDJ (ehemalige EPLF) als auch der in Eritrea verbotenen Oppositionspartei ELF R.C. Es kommt aber auch zu Neugründungen in der Diaspora. Ein Beispiel hierfür ist Togo: Seit 2005 hat sich als Reaktion auf die Vorgänge in Togo nach dem Tod Eyadéma³⁸ die Sammlungsbewegung „Alliance des Forces Alternatives pour la Démocratie“ (AFAD) verschiedener togoischer Parteien und Organisationen entwickelt. Hier wird gezielt über Parteigrenzen hinweg versucht, über die Diaspora direkten politischen Einfluss auf das Herkunftsland zu nehmen (Joerges 2005, S. 65).

Je nach der Situation im Herkunftsland kann dabei eine politische Unterstützung auch gleichzeitig die Unterstützung einer Konfliktpartei bedeuten. Dies trifft bspw. bei der tamilischen LTTE und in den 80er und 90er Jahren bei den eritreischen Konfliktgegnern EPLF und ELF zu. In beiden Fällen spielte und spielt die Diaspora unter anderem durch massive finanzielle Zuwendungen und Lobbyarbeit eine bedeutende politische Rolle im Konfliktgeschehen.

Vor allem während Friedensverhandlungen oder in der Phase der Friedenskonsolidierung und des Wiederaufbaus fällt Diaspora-Mitgliedern häufig eine wichtige Rolle zu, z.B. als Unterhändler, Teilnehmer an Friedensverhandlungen oder Mitglieder oder Berater einer neuen Regierung. Diese können vor allem dann als Schlüsselfiguren großen Einfluss haben, wenn sie über einen institutionellen Hintergrund oder eine große Anhängerschaft verfügen. Dies gilt etwa für Botschaftspersonal, prominente Oppositionspolitiker, aber auch bekannte Intellektuelle:

- Zu der somalischen Friedenskonferenz, die 2003 in Nairobi stattfand, brachten alle Fraktionen ihre „Experten“ aus der Diaspora mit. Zudem stammten viele Konferenzteilnehmer, die das Transitional National Government (TNG) repräsentierten, aus der westlichen Diaspora, und viele Interim-Minister werden finanziell von ihren Familien in der Diaspora unterstützt (Zunzer 2004, S. 33).
- Auch in der neuen sudanesischen Regierung, dem Government of National Unity (GNU), befinden sich viele ehemalige Diasporamitglieder. Der Minister für weiterführende Erziehung, Peter Kok, hat bspw. jahrelang in Deutschland gelebt.

³⁸ Nach dem Tod Eyadéma übernahm sein Sohn Faure die Macht. Dies rief landesweite Proteste hervor, woraufhin Neuwahlen ausgerufen wurden, aus denen Faure als Sieger hervorging. Oppositionsparteien warfen der Regierung Wahlmanipulationen vor, und es kam zu Ausschreitungen mit mehreren Hundert Todesopfern. Joerges 2005, S. 47-55.

- Schlüsselfiguren der afghanischen Diaspora spielten eine bedeutende Rolle bei der Afghanistan-Konferenz 2001 in Bonn. Dies hat dazu geführt, dass einige Diasporamitglieder in die Regierung eingebunden wurden (Zunzer 2004).

Es muss jedoch betont werden, dass es sich dabei meist um Einzelpersonen³⁹ oder kleine, politisch besonders engagierte Gruppen handelt und weniger um die breite „Masse“ der Diaspora.

In einigen Fällen kann man eine „Institutionalisierung“ und „Professionalisierung“ der Diasporaaktivitäten beobachten. Die EPLF (heute PDLF), eine der am effizientesten geführten Befreiungsbewegungen weltweit, verfügte Mitte der 1980er Jahre über ein globales, funktionierendes Netzwerk von Exilorganisationen. Diese waren nach sozialistischem Muster aus Massenorganisationen aufgebaut (z.B. für Arbeiter, Frauen und Studenten), die die nationalistische und sozialistische Revolution unterstützten, Dienstleistungen boten und eine Verbindung nach Hause aufrechterhielten. Diese stark formalisierten Strukturen wurden auch nach der Machtübernahme durch die EPLF aufrechterhalten.

Diasporaorganisationen, die sich im politischen oder gesellschaftlichen Bereich organisieren, bieten theoretisch die Möglichkeit, einen Diskurs über kritische Fragen zu führen. Dies ist, je nach Art des Regimes und der derzeit herrschenden Situation, ggf. im Herkunftsland nicht möglich. Ob diese Gelegenheit zu einem Austausch z.B. über Parteigrenzen hinweg wahrgenommen wird, müsste näher untersucht werden. Für den Sudan scheint das bspw. nicht der Fall (gewesen) zu sein, hier fand und findet evtl. immer noch eine starke Abschottung nach außen, vor allem auch gegenüber dem politischen „Gegner“ statt (Weisskoepfel 2005, sowie persönliche Auskünfte der Autorin). Eine weitergehende Untersuchung dieser Frage würde darüber wichtige Auskünfte geben. Dadurch wäre es dann auch möglich festzustellen, ob eine Förderung von Foren, in denen ein Dialog zwischen politisch und gesellschaftlich unterschiedlich ausgerichteten Organisationen angestoßen wird, für eine verbesserte Konflikttransformation sinnvoll wäre. Ein Beispiel dafür sind zwei sri lankische Freundschaftskreise in München und Berlin, die den kulturellen und politischen Dialog fördern wollen (Zunzer 2004).

4.4. *Gesellschaftliches Engagement*

Es ist schwierig, eine klare Trennung zwischen politischem und gesellschaftlichem Engagement herauszuarbeiten. Aktivitäten in den Bereichen Menschenrechte, Gleichberechtigung oder Partizipation liegen bspw. an einer Schnittstelle. Zudem ist häufig unklar, inwiefern „zivilgesellschaftliche“ Gruppen nicht doch als einer politischen Partei nahestehend betrachtet werden müssen. So scheint ein Großteil formell unabhängiger Organisationen der eritreischen Diaspora personell und strukturell an die Regierungspartei EPLF/PDLF angebunden zu sein.⁴⁰

Durch gesellschaftliches Engagement werden zum Beispiel Projekte unterstützt oder ins Leben gerufen, die zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in den Herkunftsländern beitragen. Diese Projekte werden häufig von Vereinen oder anderen Organisationen initiiert und durchgeführt. Viele Aktivitäten beziehen sich dabei auf den Bereich Entwicklung,

³⁹ Dass auch Einzelpersonen sich sehr aktiv in das politische Geschehen ihres Herkunftslandes einbringen können, zeigt das Beispiel Jean Claude Kibala, der seit seiner Flucht aus dem Kongo vor 17 Jahren in Deutschland lebt. Im Sommer 2006 kehrte er zurück und ließ sich als unabhängiger Parlamentskandidat für die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo in den östlichen Kivu-Provinzen aufstellen.

⁴⁰ Um dies zu erreichen wurden allerdings immer stärker Kontroll- und Zwangsmechanismen eingesetzt; siehe dazu Conrad 2006.

Armutsbekämpfung, schulische oder medizinische Versorgung, Untersuchungen, ob und inwiefern sich dieses Engagement auf das Konfliktgeschehen auswirkt, gibt es bisher nicht. Von Bedeutung dürfte diese Art der Unterstützung vor allem in der Phase des Wiederaufbaus sein. Eine weitere Option gesellschaftlichen Engagements ist die Unterstützung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in den Herkunftsländern, die sich dann vor Ort für die Belange der Zivilgesellschaft einsetzen können. So haben bspw. Vertreter der Zivilgesellschaft in Togo den Wunsch geäußert, mit Diasporagruppen in Deutschland wie z.B. Studentenorganisationen, der Togoischen Menschenrechtsliga (LTDH) oder den *Observateurs nationales pour l'unité de l'Afrique* (Onuta) zusammenzuarbeiten (Joerges 2005, S. 73, 78). Im Allgemeinen gibt es aber kaum Informationen zu dieser Art der Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure durch die Diaspora.

Ein bisher kaum beachteter Untersuchungsbereich betrifft die indirekten Veränderungen, die auf der Ebene der Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Werte stattfinden können. Ein strukturell begründetes Problem besteht bspw. in der Tatsache, dass nur bestimmte Personengruppen nach Europa migrieren können und in der Lage sind, ihre Verwandten mit Geld zu unterstützen. Diese Förderung kann sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf das Sozialgefüge haben. Einerseits wird dadurch z.B. die Ausbildung von Personen zu Fachkräften wie Ärzten oder Lehrern ermöglicht, was sich positiv auf die Entwicklung der Gesellschaft auswirken kann. Gleichzeitig werden dadurch jedoch auch soziale Ungleichheiten hergestellt oder gefestigt, was die Grundlage für neue Konflikte sein kann (Levitt 2001; Levitt, Nyberg-Sorensen 2004).

Neben materiellen werden auch ideelle Werte, sogenannte „social remittances“, von Diasporamitgliedern in das Herkunftsland transferiert (Nyberg-Sorensen 2005). Darunter versteht man soziales Kapital, Verhaltensweisen und Vorstellungen. Dabei bestehen unterschiedliche Ansichten darüber, ob durch diese „remittances“ Werte wie Demokratie oder Gleichberechtigung vermittelt werden, die ggf. einen Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Situation in den Herkunftsländern haben könnten (Levitt 2001). Als Beispiel wäre ein Fall zu nennen, in dem durch Diasporaengagement Bildungseinrichtungen geschaffen wurden, in denen ein besonderer Schwerpunkt auf die Ausbildung von Mädchen gelegt wurde. Andererseits sind aber auch Beispiele bekannt, in denen in der Diaspora „traditionelle“ und konservative Werte beibehalten wurden, während im Herkunftsland eine gesellschaftliche Modernisierung stattgefunden hat. So vertreten Teile der eritreischen Diaspora ein konservativeres Frauenbild als die Gesellschaft in Eritrea selbst (Conrad, 2004, 2006).

Eine offensichtliche Einflussnahme der Diaspora auf das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Geschehen in den Herkunftsländern kann zu neuen Konfliktlinien führen. Diese Gefahr besteht vor allem dann, wenn der Eindruck entsteht, dass wichtige politische und gesellschaftliche Debatten, vor allem auch die politische Zukunft oder kulturelle Werte betreffend, von (ehemaligen oder derzeitigen) Diasporamitgliedern dominiert werden (evtl. zusätzlich zu einer wahrgenommenen Fremdbestimmung durch internationale Akteure).

Bisher liegen keine ausreichenden Kenntnisse über die Konfliktrelevanz gesellschaftlichen Engagements vor, insbesondere nicht über den indirekten Einfluss von Diasporaaktivitäten oder -leistungen. Dies ist eine Forschungslücke, die geschlossen werden sollte.

4.5 Lobbyarbeit

Diasporagruppen setzen sich immer wieder bei den Regierungen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren in ihren Residenzländern für politische oder gesellschaftliche Belange ein, die die Situation ihrer Herkunftsländer betreffen. Sie können zudem dazu beitragen, dass ein bestimmtes Thema auf der internationalen politischen Agenda bleibt, indem sie sich in ihrem

Aufenthaltsland durch Lobbyarbeit innerhalb der Diaspora, in der Gesellschaft, bei Parteien oder (internationalen) Organisationen betätigen.

- Das Deutsch-Zypriotische Forum betreibt Lobbyarbeit im dt. Bundestag und im Europaparlament, um die Dynamik des Friedensprozesses aufrecht zu erhalten (Zunzer 2004, S. 31).
- Die sri lankische Diaspora hat durch Aktivitäten einflussreicher Schlüsselfiguren im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen zwischen LTTE und GOSL 2002/2003 dazu beigetragen, dass eine friedliche Lösung des Konflikts auf die internationale Agenda gesetzt wurde und sich ausländische Regierungen dafür eingesetzt haben.

Um genaue Aussagen über das Ausmaß der Einflussnahme der Diaspora auf Akteure im Residenzland sowie die dabei erzielten Erfolge machen zu können, reicht die derzeitige Datenlage nicht aus.

4.6 Fokus NRW

Unter den in NRW vertretenen afrikanischen Gruppen erscheint in erster Linie die Kamerunische Diaspora als besonders gut organisiert. Im Unterschied beispielsweise zu den nahezu ausschließlich politisch tätigen MSOs der togoischen Diaspora (11 von 16), decken die Kameruner MSOs das gesamte Feld politischen, zivilgesellschaftlichen und kulturellen Engagements gleichermaßen ab. So sind in NRW nicht nur die wichtigsten kamerunischen Parteien vertreten⁴¹, sondern neben Studentenorganisationen und Kulturvereinen auch mehrere Organisationen zur Förderung der deutsch-kamerunischen Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsbeziehungen. Diese heben sich einerseits durch ihren höheren Organisationsgrad sowie andererseits durch enge Kontakte zu deutschen Organisationen und Förderern von den MSOs anderer afrikanischer Diasporagemeinschaften ab, so z.B. das deutsch-kamerunische Wirtschaftsforum Kamer Club Essen e.V., die Deutsch-Kamerunische Gesellschaft e.V. oder New Tech/Verein zur Förderung der Informationstechnologien für Kamerun (Aachen).

In geringerem Ausmaß wird ein ähnlich breites Tätigkeitsspektrum auch von den eritreischen und angolanischen MSOs abgedeckt (jeweils etwa 10 Organisationen), jedoch lassen sich über den Organisationsgrad und das politische Engagement aufgrund der vorliegenden Daten bislang keine gesicherten Aussagen treffen.

Im Gegensatz dazu erscheinen vor allem die kongolesische (DRC), togolesische und die deutlich kleinere nigerianische Diaspora als hochgradig politisiert. In allen drei Fällen entfällt der überwiegende Teil der in NRW ansässigen MSOs auf Parteien(-ableger), politische Oppositions- und Menschenrechtsgruppen. Zu nennen sind hier das *Mouvement Congolais pour la Democratie et le Développement Integral* und das *Mouvement National Congolais-Lumumba* (MNCL) für den Kongo (beide Köln), sowie die *Coalition of Nigerian Democrats in Germany* (CoNDIG) und *Movement for a Democratic Nigeria* (MODEN) in Aachen. Innerhalb der togolesischen Diaspora bestehen mehrere, teils auch ethniespezifische MSOs (z.B. die *ARBALO Association des Kotokoli en Allemagne*), von denen ein Großteil in der Sammlungsbewegung *Alliance des Forces Alternatives pour la Démocratie* (AFAD) zusammengefasst ist.

Unter den entwicklungspolitisch engagierten Vereinen stechen besonders der Beto e.V. (Düsseldorf, Zielgebiet Republik Kongo), Ubuntu e.V. (Duisburg, Zielgebiet Gambia), die *African Youth Foundation* in Bonn, die Deutsch-Kamerunische-Gesellschaft sowie der Kamer-Club

⁴¹ Auf Regierungsseite ist dies die RDPC - Allemagne e.V - Rassemblement Democratique du Peuple Camerounais (RDPC-Allemagne e.V) mit einer Niederlassung in Aachen, die wichtigste Oppositionspartei ist die Social Democratic Front/SDF, ebenfalls in Aachen.

Essen und Imbuto e.V. (Bonn, Zielgebiet Region der Großen Seen) hervor. Diese organisieren ihre Arbeit zumeist unter einem konkreten Schwerpunktthema, wie z.B. der Förderung lokaler Unternehmen oder Jugendarbeit⁴², und leisten finanzielle Unterstützung vor Ort sowie Aufklärungs- und Lobbyarbeit in Deutschland. Daneben existiert eine Vielzahl kleinerer Vereine, die sich zumindest dem Namen nach mit konfliktrelevanten Themen beschäftigen, vor allem innerhalb der togoischen, nigerianischen und kongolesischen (DRC) Diaspora. Ebenso wie die deutschen Sektionen vieler afrikanischer Oppositionsparteien (s.u.) widmen sich diese hauptsächlich der Lobby- und Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Menschenrechtssituation, Demokratisierung und Chancengleichheit in ihren Herkunftsländern und unterhalten vielfach Kontakte zu antifaschistischen / linken Gruppen und Initiativen, an deren Kampagnen sie in überdurchschnittlich hoher Zahl beteiligt sind.⁴³

5. Weiterer Forschungsbedarf

5.1 Ergebnisse

Wie oben dargelegt wurde die Rolle der Diaspora im Konfliktgeschehen von der Forschung in den letzten Jahren ganz unterschiedlich eingeschätzt. Die einen sehen die Diaspora als Faktor, der bestehende Konflikte fördert oder gar zum Ausbruch neuer Konflikte beiträgt, die anderen betrachten sie als wichtige Akteure in der Konflikttransformation und sehen ihre Beteiligung am Wiederaufbau als „conditio sine qua non“. Dabei widersprechen sich diese Einschätzungen nicht, sondern weisen lediglich auf unterschiedliche Handlungsoptionen hin.

Theoretisch verfügt die afrikanische Diaspora in Deutschland über das Potential, sich für konfliktvermindernde Aktivitäten in ihren Herkunftsländern einzusetzen. Erstens ist sie finanziell stark genug ausgestattet für ein Engagement, was sich in der Höhe der Rücküberweisungen zeigt. Zweitens gibt es eine gut ausgebaute Infrastruktur an Diasporagruppen, die stark ist sowohl hinsichtlich der Zahl der Diasporaorganisationen als auch hinsichtlich der Vielzahl der Themen, die von diesen Gruppen abgedeckt werden. Auch die Möglichkeiten und vor allem auch eine steigende Bereitschaft zu einer guten Vernetzung sowohl innerhalb Deutschlands als auch zwischen verschiedenen Diasporagruppen sowie der Diaspora und den Herkunftsländern sind grundsätzlich gegeben. Allerdings ist vor allem die Diversität der Diasporagruppen und das Fehlen einer gemeinsamen Richtung – die sich auch in der Vielzahl an Dachverbänden widerspiegelt - auch ein Grund dafür, dass kein konzertiertes und fokussiertes Engagement feststellbar ist, zumindest nicht ohne tiefer gehende Analyse, die im Anschluss an den Workshop und auf dessen Ergebnissen basierend stattfinden sollte.

Auch wenn eine nationale Diaspora nicht ein Spiegelbild der Gesellschaft im Herkunftsland darstellt, lässt sich die Diaspora doch als gesellschaftliches System begreifen. Das bedeutet, dass es ebenso wie in andern Gesellschaften Personen und Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, Ansichten und Verhaltensweisen gibt, die sich in unterschiedlicher Art für unterschiedliche Ziele einsetzen. Dieses Engagement kann dann, je nach Situation, zur Verschärfung oder Entschärfung von Konflikten beitragen. Hier besteht jedoch die Schwierigkeit, Indikatoren zu identifizieren, anhand derer man kausal einer Aktivität oder einem Engagement A eine eindeutig konfliktentschärfende Wirkung B oder eine konfliktverschärfende Wirkung C zuweisen kann. Mögliche Indikatoren, die man in einer

⁴² Hierbei ist der Aspekt der Konfliktsensitivität von Aktivitäten zu berücksichtigen. Bei all diesen Organisationen bleibt zu prüfen, ob die entwicklungspolitische Unterstützung an bestimmte Bedingungen geknüpft ist oder konkrete Gruppen einseitig bevorzugt.

⁴³ So z.B. in den Initiativen www.stop-schily.de, www.no-racism.net, www.gleichrechte.at usw., die sich für die Reformierung des Flüchtlings- und Asylrechts sowie den Abschiebestopp bzgl. einzelner Herkunftsländer einsetzen.

nächsten Untersuchungsphase herausarbeiten sollte, wären beispielsweise „Förderung von Demokratie“, „Einsatz für Menschenrechte“, oder „Stärkung der Zivilgesellschaft“. Das Problem besteht allerdings darin, diese Indikatoren dann in Bezug zum Konfliktgeschehen zu setzen und daraus eindeutige und allgemeingültige Schlüsse zu ziehen. Dies scheint uns pauschal, das heißt, für alle Fälle geltend, nicht möglich zu sein. Mit Ausnahme direkter finanzieller oder logistischer Unterstützung kämpfender Parteien, z.B. durch Waffenkäufe, lässt sich nämlich nicht generell sagen, ob bspw. die Unterstützung demokratischer Kräfte durch die Diaspora, die von Regierungen in Europa sicherlich gutgeheißen würde, konfliktentschärfend wirkt; sie kann evtl. auch dazu führen, dass sich Spannungen erhöhen und es zu Gewaltausbrüchen kommt. Andererseits ist die Stärkung eines repressiven Regimes durch die Diaspora vielleicht nicht im Sinne Deutschlands, trägt aber zur Stabilisierung des Systems im Herkunftsland und somit vorerst zu einer Unterdrückung von Konflikten bei. Um Aussagen darüber machen zu können, wie sich bestimmte Verhaltensweisen der Diaspora auf das Konfliktgeschehen auswirken, welchen Einfluss die Diaspora auf das Konfliktgeschehen haben kann, und ob bzw. welche Möglichkeiten es gibt, Einflussnahme gezielt zu nutzen, können nur nach einer gesonderten Analyse des Konfliktverlaufes und der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation im jeweiligen Herkunftsland erfolgen, die dann mit den Aktivitäten und dem Verhalten der Diaspora in Bezug gesetzt werden kann.

Eine weitere Herangehensweise an den Untersuchungsbereich wäre, vom Stichwort „Konfliktgeschehen“ Abstand zu nehmen und stattdessen beispielsweise den Einfluss der Diaspora auf die Stabilität eines Landes zu analysieren. Hier treten allerdings ähnliche Schwierigkeiten wie die oben genannten auf, wenn etwa die Unterstützung eines repressiven Regimes zwar durchaus stabilisierend wirken kann, aber nicht im Interesse der Bevölkerung des Landes und der „internationalen Gemeinschaft“ ist.

Sowohl Diasporagruppen als auch vor allem einzelne Schlüsselfiguren scheinen das Potential zu haben, sich insbesondere in der Endphase von Konflikten und in der Phase der Friedenskonsolidierung friedensfördernd einzubringen. Man sollte ihre Rolle und ihre Möglichkeiten jedoch nicht überschätzen. Diese ist schon deswegen in vielen Fällen eingeschränkt, weil die stark heterogene Diasporalandschaft es meist nicht erlaubt, als starke, einheitliche Kraft aufzutreten. Es gibt kaum Organisationen, die eine gesamte „nationale Diaspora“ vertreten. Stattdessen scheinen die einzelnen Organisationen und Parteien häufig mit Macht- und Interessenkämpfen untereinander beschäftigt zu sein. Eine erfolgreiche Einflussnahme auf höherer Ebene ist damit schwierig.

Zudem ist es auch auf der individuellen Ebene problematisch, sich zu engagieren. Diasporamitglieder müssen häufig einen hohen Preis dafür zahlen, wenn sie sich entgegen der Interessen der Mehrheit oder der Regierung verhalten. Zum einen haben sie Nachteile und Repressionen von Seiten der Herkunftsländer zu befürchten. Dies kann ggf. eine Rückkehr ins Herkunftsland schwierig, gefährlich oder unmöglich machen. Es muss aber auch mit negativen Maßnahmen gegen die Familie zuhause oder die eigene Person im Residenzland gerechnet werden. Der Schutz durch deutsche Behörden scheint dabei gering zu sein, in einigen Fällen wird sogar „Amtshilfe“ für die Behörden im Herkunftsland geleistet, was eine zusätzliche Gefährdung für die betroffenen Personen bedeutet. Zudem ist man dem Druck der eigenen Diaspora ausgesetzt, die häufig ein wichtiger Bezugspunkt im Leben im Ausland ist. Schließlich ist der psychische Druck häufig hoch, sich „loyal“ dem eigenen Land gegenüber zu verhalten, nicht als „Verräter“ zu gelten. Die Entscheidung für ein eventuell oppositionelles Engagement im Sinne der Konflikttransformation ist somit eine schwierige.

Erfolge von Diasporagruppen bei der Beendigung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung werden vor allem dann genannt, wenn Dritte, also andere Regierungen oder die internationale Gemeinschaft im Spiel sind, wie etwa bei

Friedensverhandlungen oder als Adressat für Lobbyarbeit. Allerdings sollte auch dann immer bedacht werden, welche Eigeninteressen die jeweiligen Akteure verfolgen, und wie sich dies auf die Situation auswirken kann. Dabei dürfen die Interessen und die Wahrnehmung der politischen Akteure und der Bevölkerung im Herkunftsland nicht unberücksichtigt bleiben: Stimmen ihre Vorstellungen von der Entwicklung und der Zukunft in ihrem Land mit denen der Diasporavertreter überein? Oder wird die Diaspora als Akteur "von draußen" wahrgenommen, die eher eigene Vorstellungen oder die der internationalen Akteure verfolgt als die der Mehrheit der Bevölkerung? Hier besteht dringender Forschungsbedarf.

5.2 Forschungslücken

Wir betrachten das Thema „Der Einfluss der afrikanischen Diaspora auf das Konfliktgeschehen“ als wichtigen Forschungsbereich, vor allem auch in Anbetracht der steigenden Relevanz der Themen Migration und Integration für die Aufnahmegesellschaften. Die bisherigen Kenntnisse über das Engagement der afrikanischen Diaspora in Deutschland reichen jedoch nicht aus, um verlässliche Schlüsse bezüglich ihrer Einflussnahme auf das Konfliktgeschehen in den Herkunftsländern zu ziehen. Dies hat sich bei der Erarbeitung des Konzeptpapiers vor allem in den folgenden Bereichen gezeigt:

- a. Es gibt einen allgemeinen Mangel an Studien zu dem Themenbereich „Diaspora und Konflikte“ (Kapitel 4.1).
- b. Es fehlt an Informationen zur Verwendung von Auslandsüberweisungen (Kapitel 4.2).
- c. Es gibt unzureichende Informationen zu den Zielen von Diasporagruppen, vor allem in Bezug auf politische und gesellschaftliche Veränderungen (Kapitel 4.2).
- d. Auch über die Art und Weise, wie diese Ziele erreicht werden sollen, ist kaum etwas bekannt (Kapitel 4.3).
- e. Die Interaktion zwischen Diasporagruppen und Personen oder Gruppen im Herkunftsland ist kaum erforscht. Dies gilt vor allem, wenn es um konfliktrelevante und somit sensible Themen geht (Kapitel 4.3).
- f. Die Rolle von Einzelpersonen aus der Diaspora im Konfliktgeschehen wurde bisher nicht ausreichend untersucht (Kapitel 4.3).
- g. Das gleiche gilt für die Auswirkungen von Lobbyarbeit von Diasporagruppen bei politischen und gesellschaftlichen Akteuren im Residenzland (Kapitel 4.5).
- h. Es fehlt an Informationen, ob und inwiefern Aktivitäten der Diaspora im gesellschaftlichen Bereich einen Einfluss auf das Konfliktgeschehen haben. Dies bezieht sich beispielsweise auf Projekte zur Bildung, Armutsbekämpfung oder politischen Weiterbildung (Kapitel 4.4).
- i. Über die Auswirkungen von Diasporaaktivitäten auf die Sozial- und Wertestruktur sowie eine sich daraus gegebenenfalls ergebende Konfliktrelevanz liegen keine Untersuchungen vor (Kapitel 4.4).
- j. Uns ist keine Arbeit bekannt, die das Dreieck Diaspora – Regierung/politische Kräfte des Herkunftslandes – Regierung/politische Kräfte des Residenzlandes untersucht.

Zur Schließung dieser Forschungslücken ist eine weitergehende Studie notwendig, bei der wir folgende Punkte für relevant halten:

1. Konzentration auf eine Auswahl an Ländern/Nationalitäten. Die eingehende Untersuchung des Themas anhand einer Anzahl an Fallstudien ist einem breiten Ansatz vorzuziehen, vor allem wegen der Diversität der einzelnen Fälle.
2. Einbeziehung einer ausgeprägten empirischen Komponente. Diese sollte unter anderem umfassen:
 - Diasporaorganisationen und Individuen aus der Diaspora in Deutschland

- Relevante politische und gesellschaftliche Akteure in Deutschland (Flüchtlingsrat, Menschenrechtsgruppen, etc.)
 - Schlüsselpersonen und -organisationen in (ausgewählten) Herkunftsländern)
 - Gewinnung von Informationen durch Interviews, Fragebögen, etc.. Dabei ist die sensible Natur der Thematik bei der Wahl der Methoden zu beachten; hier wäre evtl. ein Herantreten an die jeweiligen Akteure mit Hilfe von Vertrauenspersonen hilfreich.
3. Einbeziehung der Situation in den Herkunftsländern durch:
 - Durchführung von Konfliktanalysen zu (ausgewählten) Herkunftsländern
 - Analyse des Zusammenhangs zwischen Migrationsgrund und politischer Situation (d.h.: wie hat der Konflikt die Diaspora geprägt?)
 - Empirische Komponente in Herkunftsländern (s.o.)
 4. Identifikation von Indikatoren, die auf einen „konfliktverschärfenden“ oder „konfliktentschärfenden“ Einfluss hinweisen.
 5. Aufgrund der transnationalen Dimension des Diasporaphänomens evtl. Aufgabe des Deutschlandfokusses zugunsten einer regionalen Betrachtungsweise (z.B. EU).
 6. Berücksichtigung der Existenz unterschiedlicher Diaspora-„Segmente“, die ggf. unterschiedliche Verhaltensweisen an den Tag legen. Dazu zählen:
 - Unterschiedliche Einwanderergenerationen: sind Einwanderer der 1. Generation dem Herkunftsland enger verbunden und konservativer in ihrer (politischen und gesellschaftlichen) Einstellung? Sind spätere Einwanderergenerationen ggf. „radikaler“?
 - deutsche Staatsbürgerschaft
 - genderspezifische Unterschiede: Es gibt Hinweise darauf, dass Männer und Frauen in der Migration sich in unterschiedlicher Weise für das Herkunftsland einsetzen.
 - Alter
 - Migrationsgründe (Konflikt, Verfolgung, Familie etc.): Es gibt Hinweise darauf, dass Zugehörige der Konfliktdiaspora in ihrem Verhalten spezifische Charakteristika aufweisen.
 - Regime in den Herkunftsländern (z.B. Failing state (DRC) und Staaten mit autoritären Regimen (Togo)): Dies spielt evtl. eine Rolle bzgl. der persönlichen Motivation, Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten sowie Investitions- und Rückkehrmöglichkeiten.
 - Unterschiedliche kulturelle und gesellschaftliche Hintergründe (z.B. finanzielle/soziale Verpflichtungen gegenüber der Familie, Ehrbegriff, Nationalverständnis etc.)
 - Integrationsgrad. Evtl. lässt sich anhand von Schulbesuch, Universität etc. feststellen, ob eine starke Prägung durch das Aufnahmeland stattfand, und wenn ja, welche.
 7. Rolle der Herkunftsländer. Diese üben häufig Einfluss oder gar Druck auf ihre Landsleute in der Diaspora aus, was Auswirkungen auf mögliche politische Aktivitäten haben kann.
 8. Rolle der Aufnahmeländer. Aufnahmeländer nehmen Einfluss auf Diaspora-Aktivitäten, indem sie die Rahmenbedingungen vorgeben, innerhalb derer eine Organisation und Aktivitäten stattfinden dürfen oder nicht. Auch durch ihre Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern können sie Diasporaaktivitäten beeinflussen oder gar unterbinden.

5.3 Nachfolgestudie

Die derzeitige Forschungslage erlaubt keine eindeutigen und wissenschaftlich fundierten Aussagen über die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen. Dies verhindert gleichzeitig die Ergreifung von Maßnahmen durch Akteure in den Residenzländern, die ein konfliktverminderndes Engagement von Diasporagruppen fördern bzw. konfliktverschärfendes

Verhalten verhindern können. In Anbetracht der Bedeutung, die die Zivilgesellschaft für die Konflikttransformation hat, ist dies ein großes Versäumnis.

Das BICC schlägt daher eine Nachfolgestudie für Phase II vor, die das Ziel hat, Erkenntnisse über konfliktrelevante politische und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten der Diaspora zu gewinnen und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Dabei soll sowohl die Situation in den Herkunfts- als auch in den Residenzländern berücksichtigt werden. Die Studie sollte folgende Schwerpunkte haben:

1. Untersuchung der gesellschaftlichen und politischen Ziele von afrikanischen Diasporaorganisationen in Deutschland oder Europa.
2. Analyse der spezifischen Situation in ausgewählten Herkunftsländern.
3. Untersuchung der Rückwirkung von Diasporaaktivitäten auf die Herkunftsländer.
4. Erarbeitung von Handlungsempfehlungen.

Methodische Vorgehensweise:

- Untersuchung anhand einer Anzahl ausgewählter Länder. Dabei sollten vor allem zwei Kriterien berücksichtigt werden:
 - a) Die Länder sollten aufgrund ihrer in Deutschland/der EU lebenden Diasporagemeinschaft für die Studie relevant sein.
 - b) Sie sollten verschiedene Konfliktsituationen (Intensitätsstufen, s. Kapitel 2.1) abdecken.
- Durchführung von Interviews mit ausgewählten Schlüsselpersonen aus den jeweiligen Diasporagemeinschaften. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass die Geschlossenheit und Intransparenz der politischen Sphäre ein großes Problem bei der Beschaffung von Informationen zu politischen Ansichten, Zielen und Aktivitäten darstellen (s. Kapitel 3.1). Hier muss Vertrauen zwischen dem Forscher und der jeweiligen Gruppe aufgebaut werden, und auch dann ist fraglich, inwiefern offen über sensible Fragen gesprochen wird.
- Verteilen von Fragebögen an Organisationen und Individuen aus der Diaspora.
- Feldstudien in den ausgewählten Ländern. Dadurch kann ein Einblick gewonnen werden, ob und inwiefern Diasporaaktivitäten überhaupt in den Herkunftsländern Wirkung zeigen.
- Entwicklung von Indikatoren, die den Zusammenhang zwischen bestimmten Aktivitäten und konfliktiven Tendenzen messbar machen.
- Berücksichtigung der unter Kapitel 5.2 aufgeführten Untersuchungsaspekte.

Bibliographie

- Ahmed, L.. 2000. "Remittances and Their Impact in Postwar Somaliland", in: *Disasters* 24 (2), S. 380-389
- Basch, L., N. Glick Schiller & C. Szanton Blanc (Hgs.). 1994. *Nations Unbound. Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation States*.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (in Zusammenarbeit mit dem efms / Europäisches Forum für Migrationsstudien, Bamberg) (Hgs.). 2005. *Migrationsgeschehen 2004*, Berlin.
- Braziel, Jana Evans und Anita Mannur. 2003. "Nation, Migration, Globalization. Points of Contention in Diaspora Studies", in: dies. (Hgs.): *Theorizing Diaspora*. London. S. 1-22.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). „Dossier Schwarze Organisation in Deutschland“. Verfügbar unter http://www.bpb.de/themen/WTLMYY,0,Schwarze_Organisierung_in_Deutschland.html.
- Chojnacki, Sven. 2006. „Kriege im Wandel. Eine typologische und empirische Bestandsaufnahme“, in: Anna Geis (Hg.): *Den Krieg überdenken*. Baden-Baden.
- Clarke, G and S. Wallsten. 2004. "Has the Internet Increased Trade? Evidence from Industrial and Developing Countries". *World Bank Policy Research Working Paper* 3215, February.
- Collier, Paul. 2000. *Policy for Post-conflict Societies: Reducing the Risks of Renewed Conflict*, World Bank, Washington, DC.
- Collier, P., A. Hoeffler. 2001. "Greed and Grievance in civil war". *Policy Research Working Paper* 2355, World Bank, Washington, DC.
- Conrad, Bettina. 2004. "Eritreans in Germany: Heading from Exile to Diaspora?", in: Eva Bruchhaus (ed.): *Hot Spot Horn of Africa*, S. 175-182
- _____. 2005. "We are the Prisoners of our Dreams. Exit, Violence and Loyalty in the Eritrean Diaspora in Germany", in: *Eritrean Studies Review* 4 (2)
- _____. 2006. *A Culture of War and a Culture of Exile. Young Eritreans in Germany and their Relations to Eritrea*.
- Duffield, M. 2001. *Global Governance and the New Wars: The merging of Development and Security*.
- Gantzel, K.J. & Schwinghammer, T. (Hgs.). 1995. *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg. 1945-1992. Daten und Tendenzen*. Münster/Hamburg.
- Gilroy, Paul. 1993. *The Black Atlantic. Modernity and Double Consciousness*. London.
- Gleditsch, Nils Petter et al. 2002. "Armed Conflict 1946–2001: A New Dataset", *Journal of Peace Research* 39(5).
- Hear, N.V., Pieke, F. et al. (Hgs.). 2004. *The Contribution of UK-based Diasporas to Development and Poverty Reduction*.
- Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung e.V.: *Konfliktbarometer 2005, 14. Jährliche Konfliktanalyse*. Verfügbar unter http://www.hiik.de/de/index_d.htm.
- Herbert, Ulrich. 2001. *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München: Beck.

- Humboldt, Carmen. 2006. „Afrikanische Diaspora in Deutschland. Eine Explorative Studie zur Entstehung und Gegenwart transnationaler afrikanischer Communities in Köln und Umgebung“. Berlin.
- Joerges, Johanna. 2005. „Die Handlungsstrategien der togoischen Opposition im Exil“. Berlin: Diplomarbeit FU Berlin.
- Kaldor, Mary. 1999. *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. London
- Kaldor, Mary et al. 2003. "Global Civil Society in an Era of Regressive Globalisation", in: *Global Civil Society*.
- Koser, Khalid. 2003. *Long-distance Nationalism and the Responsible State. The Case of Eritrea*.
- Koser, Khalid und Nicholas Van Hear. 2003. „Asylum Migration. Implications for Countries of Origin“. *Discussion Paper No. 2003/20*, UNU/WIDER
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hg.). 1993-1998 und 2000-2005. *Einbürgerungsstatistik NRW*.
- _____. 2005. *Zuwanderungsstatistik NRW. Zahlenspiegel*.
- Levitt, Peggy. 2001. *The Transnational Villagers. Berkeley and Los Angeles*, University of California Press
- Levitt und Nyberg-Sorensen. 2004. "The Transnational Turn in Migration Studies", in: *Global Migration Perspectives*, Nr. 6, Oktober 2004. S. 4ff.
- Lyons, Terrence. 2004. *Engaging Diasporas to Promote Conflict Resolution: Transforming Hawks into Doves*.
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MASSKS) (Hg.). 1999. „Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme“. Düsseldorf.
- Mayer, Ruth. 2005. *Diaspora. Eine kritische Begriffsbestimmung*. Transcript-Verlag.
- Mohamoud, A.A.. 2005. *Mobilising African Diaspora for the Promotion of Peace in Africa*.
- Nyberg-Sorensen, Ninna. 2005. "Migrant Remittances, Development and Gender". *DIIS Brief*, July.
- Ostergaard-Nielsen, Eva. 2006. *Diaspora and Conflict Resolution – Part of the Problem or Part of the Solution?*. Danish Institute for International Studies.
- Perouse de Montclos, Marc-Antoine. 2005. *Diasporas, Remittances and Africa South of the Sahara*. Pretoria: Institute for Security Studies.
- Safran, William. 1991. „Diasporas in Modern Societies. Myths of Homeland and Return“, in: *Diaspora* 1,1, S. 83-89.
- Shain. 1999. *Marketing the American Creed Abroad: Diasporas in the U.S. and Their Homelands*. Cambridge University Press.
- SIPRI. Military Expenditure Database. www.sipri.org
- Statistisches Bundesamt (Hg.). 2006. „Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005“. Wiesbaden.
- Weisskoeppel, Cordula. 2005. "Transnationale Qualitäten in Netzwerken von Sudanesen in Deutschland", in: *Nord-Süd Aktuell*, Jg. XIX, Nr. 1.

- Weiss Fagan, Patricia. 2006. "Remittances in Conflict and Crises. How Remittances Sustain Livelihoods in War, Crises and Transitions to Peace", in: *Access Finance*. Nr. 11, Mai.
- Weltbank (Hg.). 2005. *Global Economic Prospects 2006. Economic Implications of Remittances and Migration*.
- Yang, Dean (2004). "International Migration, Human Capital and Entrepreneurship: Evidence from Philippine Migrants' Exchange Rate Shocks". Unpublished manuscript. University of Michigan, Ann Arbor, MI, USA.
- Zunzer, Wolfram. 2004. „Diaspora Communities and Civil Conflict Transformation – Diasporagemeinschaften und zivile Konflikttransformation“. Berlin: Berghof